

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbezugs-
bühren. Auslandabonnemente 6,05 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,05 M.

Bei Ausfall der Zeitung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluss des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
27. Juli 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechnpt.: Dönhoff (A 7) 202-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 63-65

Severing packt aus!

Die preußische Staatsregierung verlangte Milderung der Hitler-Notverordnung vom 16. Juni. — Die Reichs- regierung antwortete mit ihrer Amtsenthebung!

Reichspflichten.

Ein Wort an Herrn v. Papen.

Von Carl Severing.

Der Reichskanzler v. Papen hat die Reichsregulativ in Preußen auf die Absätze 1 und 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung zu stützen versucht und damit unterstellt, daß Preußen die ihm nach den Gesetzen und der Verfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe, daß ferner in Preußen die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr gestört und gefährdet sei als in anderen Ländern. In seiner Rundfunkrede hat er diese Behauptungen vielfach variiert und dabei unter anderem bemerkt, daß es kein Zufall sei, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen größeren Umfang annehmen konnten, und daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden sei.

Man muß dem Herrn Reichskanzler zugute halten, daß er noch ziemlich neu in seinem Amt ist und sich auf eigene Beobachtungen und Erfahrungen nicht stützen kann. Dasselbe gilt von dem größten Teil seiner engeren Mitarbeiter. Das sollte ihn aber dazu führen, bei seinen in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen, besonders wenn diese Behauptungen Beschuldigungen gegen die Regierung eines großen Landes involvieren, vorsichtig zu sein. Natürlich ist es kein Zufall, daß die Kommunisten in Preußen zahlreich sind, so wenig wie es ein Zufall ist, daß

Preußen die höchste Arbeitslosenziffer

aufweist oder daß in Preußen die meisten Großstädte liegen, deren Wohlfahrtsverwaltungen schon jahrelang unter den Geißeln der Arbeitslosigkeit und den Entbehrungen aller Art leiden. Natürlich ist es kein Zufall, daß dort, wo sich hunderttausende von hungernden Menschen auf einem engen Bezirk zusammenballen, wie im westlichen, mitteldeutschen und schlesischen Industriegebiet, wie in Berlin und an der Wasserkante, die Agitation der radikalen Parteien, also auch der Kommunisten, einen fruchtbareren Nährboden findet. Wer da glaubt, diese Entwicklung und ihre Begleiterscheinungen ausschließlich mit polizeilichen Mitteln aufhalten zu können, der soll sich sein Lehrgeld zurückzahlen lassen. Immerhin: in der Bekämpfung staatsgefährlicher Ausschreitungen der kommunistischen Kampforganisationen hat die preußische Regierung einiges geleistet.

Wenn der Wahlkampf in Preußen — aber nicht nur in Preußen! — von vermehrten blutigen Auseinandersetzungen begleitet worden ist, so ist das nicht zuletzt auf das Konto der Regierung Papen zu setzen, die u. a. durch ihre von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Verordnungen erprobte und bewährte Maßnahmen der Länderregierungen außer Kraft setzte. Man kann wohl behaupten, daß den beiden Wahlgängen zur Wahl des Reichspräsidenten von den Parteien die gleiche Bedeutung beigegeben worden ist, die man jetzt in der Reichstagswahl erblickt. Mit derselben Leidenschaftlichkeit und Beharrlichkeit, mit der jetzt die Parteien für ihre Ziele kämpfen, sind darum auch vor dem 13. März und dem 10. April die Kämpfe um die Präsidentschaft ausgefochten worden. Aber damals fehlte die Provokation der Uniformen und darum

Schulschiff gesunken!

69 Mann der Besatzung wahrscheinlich ertrunken!

Riel, 26. Juli.

Dienstag um 14.30 Uhr ist das Segelschiff „Niobe“ in einer Gewitterbö bei Fehmarn-Feuerschiff gekentert. Die Boote des Feuerschiffes haben sich sofort an die Unfallstelle begeben. Auch der Dampfer „Therese Rust“ meldet seine Ankunft an der Unglücksstelle. Er hat 40 Gerettete an Bord. Rettungsaktionen der Marine sind eingeleitet. „Niobe“ ist am Montagvormittag mit genau 105 Mann (Mädchen und Schiffsjungen) an Bord aufgelaufen.

Nach einer weiteren Meldung hat der Kreuzer „Köln“ die von dem Dampfer „Therese Rust“ geretteten Ueberlebenden des untergegangenen Schulschiffes „Niobe“ an Bord genommen. Außer dem Kommandanten ist ein weiterer Offizier, Oberleutnant zur See Vott, gerettet. 69 Schiffsangehörige werden vermisst. Mit ihrem Tode muß gerechnet werden.

(Siehe auch 1. Beilage.)

war der Wahlkampf damals nicht von der erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet, die Herr v. Papen heute so sehr beklagt.

Herr v. Papen hat es in seiner Rundfunkrede auch für richtig gehalten, einen Unterschied zwischen dem „hingebenden Einsatz der örtlichen Polizeiorgane“ und der Führung — hier ist offenbar die zentrale Führung gemeint — zu machen. Die Polizei in Bausch und Bogen zu verurteilen, hat auch er augenscheinlich für ungerecht, aber auch wohl für unklug gehalten. Die Leistungen des preußischen Polizeikörpers sind jedoch so tief in die Geschichte des preußischen Staates gemeißelt, daß sie am wenigsten in der sieben Wochen amtierende Reichskanzler durch Reden oder Verordnungen zu verwischen vermag. Und die Führung? Diese Frage läßt sich am leichtesten beantworten, wenn man die Zustände in der Polizei in den Jahren 1918 bis 1920 mit der Verfassung der preußischen Polizei von heute vergleicht. Es war damals nicht selten, daß sich die örtlichen Polizeiorgane bei politischen Unruhen für „neutral“ erklärten und einem Einschreiten gegen die Ruhestörer aus dem Wege gingen. Das hat die Führung der preußischen Polizei geändert, nicht nur durch Verordnungen und Organisationsveränderungen, sondern auch — und zwar in der Hauptsache — durch die beste Methode der Erziehung: durch das Beispiel hingebenden Einsatzes. Auch diese Tatsache wird Herr v. Papen nicht aus der Welt reden können, und darum sollte er, wenn er nicht zu naheliegenden Vergleichen neigen will, in der rednerischen Behandlung der Dinge vorsichtiger sein, über die ihm ein sachverständiges Urteil nicht wohl ansteht.

Herr v. Papen hat in seinen Rundfunkreden der letzten Tage auch viel von der Wiederherstellung der Staatsautorität geredet. Man kann ihm darin zustimmen, daß die Staatsautorität in den letzten Monaten bedenklich gelitten hat und daß alles getan werden sollte, um sie zu stabilisieren.

Seine Exekutive gegen Preußen aber hat der Staatsautorität einen Stoß versetzt, dessen Folgen heute noch gar nicht zu übersehen sind. Die Männer, die diese Maßnahme ausgeführt haben, haben damit Pfeile abgefeuert, die über kurz oder lang auf sie zurückprallen werden. Womit man sündigt, damit wird man gestraft! Herr v. Papen hat durch die Art seines Vorgehens aber auch den Wert der Begriffe von Treu und Glauben nicht gerade erhöht. Als am Nachmittag des 18. Juli das preußische Staatsministerium vom Reichskanzlerbüro gebeten wurde, den Ministern Hirtfelder und Severing eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zu übermitteln, da konnten, ja mußten die beiden Minister aus dieser Einladung folgern, daß es sich um die Erörterung eines Briefes handeln würde, den das preußische Staatsministerium dem Reichskanzler in Sachen

der Senkung der Unterstützungssätze für Arbeitslose und Krisenunterstützte

gehandelt hatte. Diese Auffassung erhielt eine weitere Stütze durch die Einladung, die am nächsten Tage auch dem preußischen Finanzminister Klepper zugeht. Um Klarheit darüber zu bekommen, erkundigte sich in den Nachmittagsstunden des Dienstags der Ministerialdirektor Nobis vom preußischen Staatsministerium auf Ersuchen des Innenministers in der Reichskanzlei nach den Verhandlungsgegenständen, die für die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den preußischen Ministern vorgesehen waren. Es wurde ihm bedeutet, daß

über finanzielle und landwirtschaftliche Fragen

verhandelt werden solle, daß allerdings auch innerpolitische Fragen zur Erörterung kommen würden! Man kann diese Auskunft als eine Verlegenheitsauskunft werten, die durch ein Schweigegebot bedingt war, oder man kann sie als absichtliche „Tarnung“ empfinden — auf jeden Fall war sie das Gegenteil von dem, was bisher im Verkehr der Reichsregierungen mit der preußischen Staatsregierung als Treu und Glauben galt. Daß sich der kommissarische Innenminister Dr. Bracht schon eine halbe Stunde vor der Besprechung in der Reichskanzlei beim Leiter der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums melden ließ und daß die Verfügung der Amtsenthebung des Innenministers in der Zeit dem Ministerium zugestellt wurde, in der die preußischen Minister in der Reichskanzlei weilten, ist nur eine Abrundung des Bildes, das sich der Reichskanzler von Papen augenscheinlich von den Mitteln zur Festigung der Staatsautorität macht.

Von erheblich höherem Wert ist jedoch die Feststellung, daß über den Brief des preußischen Staatsministeriums an Herrn v. Papen nicht ein Wort geredet wurde. In dem Briefe hatte die preußische Staatsregierung ihrer Sorge Ausdruck gegeben, daß die

Senkung der Mu- und Krü-Unterstützungen

in dem Ausmaße, wie sie die Verordnung vom 16. Juni 1932 vorsieht, sich ohne Erschütterungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht durchführen lassen werde. Es war hinzugefügt, daß nach Nachrichten aus der Provinz auch die Behörden der Reichsarbeitsverwaltung mit derartigen Erschütterungen rechneten. Im Interesse

der Gemeindefinanzen war ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß durch die vom Reich verordneten Senkungen die Unterstützungssätze in großem Umfange

unter die Fürsorgegerichtsätze

der Bezirksfürsorge-Verbände herabzusenken würden und daß in diesen Fällen die Bezirksfürsorge-Verbände im großen Ausmaß Zusatzunterstützungen bis zur Höhe der Fürsorge-Nichtsätze würden leisten müssen. Die Fürsorge-Verbände sind aus eigenem Vermögen jedoch nicht in der Lage, die Zusatzunterstützungen zahlen zu können, und darum hat auch schon der preussische Staatsrat er sucht, daß das Reich die erforderlichen Mittel bereitstelle.

Den Ausgleich durch eine fünfzehnprozentige allgemeine Senkung der Nichtsätze herbeizuführen, wie das in einem Schreiben des Reichsfinanzministers als das Maß bezeichnet wurde, das dem Finanzierungsplan der Arbeitslosenhilfe zugrunde gelegt worden ist, hat die preussische Staatsregierung in ihrem Brief an den Reichskanzler als völlig ausgeschlossen bezeichnet. Die Herabsetzung im Rahmen der Senkung, die die Lebenshaltungskosten seit September 1931 erfahren haben, sei das äußerste, was aus politischen und sozialen Gründen verantwortet werden könne — hat sie als ihre Auffassung dem Reichskanzler mitgeteilt.

Man mag über diesen Brief denken, wie man will: Preußen hat ihn aufgefacht als eine Hilfsleistung für die Reichsregierung. Er war diktiert von der Sorge, daß eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Lebenshaltung der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Volksschichten zu einer ernstlichen Gefahr für die Sicherheit und Ordnung im Reich werden könne. Daß er von Herrn von Papen in der Besprechung mit den preussischen Ministern mit keinem Worte erwähnt wurde, ist nicht nur bemerkenswert für die Auffassung des neuen Reichskanzlers über die Zusammenarbeit mit den Ländern, sondern auch für die Beurteilung der sozialen Situation des Volkes, dessen oberster Leiter er durch die Berufung des Reichspräsidenten geworden ist.

Und auch diese Mahnung an den Reichskanzler v. Papen entspringt der Sorge um unseres Volkes Schicksal: Geben Sie sich nicht der Täuschung hin, daß mit Regierungserklärungen und Rundfunkreden die Lösung des Arbeitslosenproblems auch nur im geringsten gefördert werden könne.

Am hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen!

Und wer Unruhen vorbeugend bekämpfen will, der bekämpfe mit wirksamen sozialen Maßnahmen den Unruhestifter aller Zeiten und Völker: den Hunger. Auch das Reich hat Pflichten zu erfüllen, Pflichten, zu denen es sich immer angehalten fühlen sollte von der mit Gründen des Rechts und der Wahrheit bewaffneten Macht der Vernunft und der Erkenntnis, daß weiße und grüne Bohnen in der Bekämpfung von Unruhen wirksamer sind als blaue.

Alarmgerüchte in Breslau.

Konzentration brauner Bürgerkriegstruppen.

Breslau, 26. Juli. (Eigenbericht.)

In Breslau ist das Gerücht verbreitet, daß in der schlesischen Hauptstadt bis Sonntag rund 15 000 SA-Leute zusammengezogen werden sollen.

Nach zuverlässigen Mitteilungen sind seit Montag und Dienstag dieser Woche bereits ungefähr 2000 Angehörige nationalsozialistischer Formationen in Breslau konzentriert. Die SA-Leute liegen in den verschiedensten Stadtteilen in Bürgerquartieren und sind vorläufig noch nicht uniformiert.

Kultur-Reaktion.

Nieder mit der Arbeiterbildung!

Die „Deutsche Zeitung“, Organ der rechtsradikalen Staatsfeindler, nationalsozialistisch und reaktionär, läßt sich aus „akademischen Kreisen“ einen wilden Heftartikel unter der Ueberschrift „Brutstätten des Marxismus“ schreiben.

Da wird die Maske abgeworfen! Das stochreaktionäre vernöchernte Akademikertum aus dem Nazilager schreit laut wider die Volksbildung. Häßlichst wird dargestellt, daß alle Gewerkschaften Gewerkschaftsbildungs- und Schulungskurse haben. Fort damit — heißt die Parole!

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, die Abendgymnasien, die Hochschulkurie für Arbeiter haben es den Reaktionen besonders angetan. Das muß alles fort — so schreit die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“.

Arbeiter haben dumm zu sein und zu bleiben! Sie wollen den Bildungstrieb im Volke künstlich niederhalten, sie wollen die Arbeiter vom Erwerb von Wissen ausschließen! Ihr Ideal ist ein verdammt Volk auf niedriger Bildungsstufe — denn nur Dummheit wird das Dritte Reich erragen. Hier tritt der abgrundtiefe Haß gegen die Arbeiterschaft, die volksfeindliche reaktionäre Gesinnung der Nazis kraft hervor, hier haben sie verraten, daß sie das deutsche Volk aus einem Kulturvolk in ein Volk barbarischer Knechte ver wandeln wollen!

Geh! diesen dreisten Reaktionären, dieser Schmach Deutschlands, am 31. Juli die richtige Antwort! Sorgt mit der Sozialdemokratie für den kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse!

Breuer noch immer in Haft!

Er soll erst heute dem Vernehmungsrichter vorgeführt werden.

Genosse Robert Breuer befindet sich noch immer in Haft. Die Behörden nehmen sich Zeit. Um 12 Uhr war mit der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes die Schußhaft Breuers zu Ende. Gegen 1 Uhr erreichte die Mitteilung davon das Polizeipräsidium. Kurz nach 1 Uhr wurde Breuer von der Aufhebung seiner Schußhaft benachrichtigt. Aber erst kurz nach drei Uhr waren die Akten über ihn beim Vernehmungsrichter Dr. Pieper.

Als Rechtsanwalt Dr. Alee den Vernehmungsrichter aufsuchen wollte, war er bereits nicht mehr im Hause! Allerdings hätte er ohnehin in diesem komplizierten Falle die Vernehmung des Häftlings nicht unmittelbar vornehmen können; er hätte sich vorher die Angelegenheit genau ansehen müssen. Um so seltsamer ist das Verhalten der Polizei. Sie hat volle zwei Stunden gebraucht, um in einer politisch so bedeutsamen Sache die Akten von einem Büro des Polizeipräsidiums in das andere hinüber zu schaffen.

Es wäre ihre Pflicht gewesen, nach Empfang der Mitteilung über Aufhebung der Schußhaft sofort den Vernehmungsrichter Dr. Pieper telephonisch davon zu benachrichtigen, daß er in kürzester Zeit die Akten erhalten würde, damit er über die etwaige Haftentlassung Robert Breuers noch im Laufe des Tages verfüge. Vielleicht hätte der Vernehmungsrichter dann in diesem außergewöhnlichen Falle seine Dienstzeit verlängert, sofort in die Akten Einsicht genommen und noch gestern die Haftentlassung Robert Breuers verfügt. Jetzt aber kann die Vorführung erst heute früh erfolgen; Breuer mußte also ganz überflüssigerweise noch eine Nacht in der Haft verbringen.

Rechtsanwalt Dr. Alee hat übrigens gestern in Moabit beide Untersuchungsrichter beim Reichsgericht aufgesucht; er hat festgestellt, daß weder beim einen noch beim andern, weder Akten noch sonst irgendwelche Nachrichten vom Oberreichsanwalt eingetroffen sind. Jedenfalls haben sie von letzterem noch gar keine Weisungen erhalten. Sollte sich der Oberreichsanwalt schon mit Breuers „Hochverrat“ befassen, so kann es sich höchstens um Ermittlungen handeln.

Die Verteidiger Dr. Alee und Dr. Neumann haben dem Oberreichsanwalt einen Schriftsatz eingereicht, in dem sie u. a. um die Vernehmung des Reichswehrministers a. D. Groener, des Staatssekretärs im Innenministerium Dr. Zweigert und des Ministerialdirigenten im Innenministerium Hänischel eruchen, zum Beweise dafür, daß nach ihren Erfahrungen Korodis Angaben über Neuierungen linksgerichteter Persönlichkeiten größtes Mißtrauen entgegengebracht werden muß; ferner zum

Beweise, daß das Material, das Korodi dem Reichswehrministerium und dem Reichsinnenministerium über linksgerichtete Persönlichkeiten und Verbände geliefert hat, nach eingehender Untersuchung sich als völlig falsch herausgestellt habe.

Dieser Schriftsatz ist bereits gestern Abend in den Händen des Oberreichsanwalts gewesen.

Gegen die Verhaftung Robert Breuers und für seine Wahrheitsliebe haben sich in einem Brief an den Oberreichsanwalt folgende bedeutende Männer und Künstler eingesetzt:

Mag Liebermann, Präsident der Akademie der Künste, Thomas Mann, Hans Baluschek, Fedor v. Zobellig, Carl Haenfel und Werner Bergengruen.

Major Ende entlassen.

Strafverfahren gegen den Denunzianten Schumacher.

Polizeimajor Ende vom Kommando der Schutzpolizei Berlin, der in der vorigen Woche zusammen mit Kommandeur Heilmannsberg und dem Reichsbannermitglied Carlbergh festgenommen und als einziger von den dreien in Haft behalten worden war, ist gestern Mittag unmittelbar nach Aufhebung des Ausnahmezustandes aus der Militärarrestanstalt in der Lehrter Straße entlassen worden.

Ueber den Stand des Verfahrens gegen ihn ist bisher weiter nichts bekannt, zumal die Staatsanwaltschaft auf Grund des am Montag bei ihr eingetroffenen Strafantrags des Militärbefehlshabers gegen Ende jetzt erst die Ermittlungen in dieser Sache aufnehmen und ihrerseits den Sachverhalt prüfen muß. Major Ende betont hierzu, daß er selbst das größte Interesse an der Durchführung seines Verfahrens habe, um in seinem Kampf ums Recht seine völlige Schuldlosigkeit zu beweisen. Gegen den Denunzianten, Wachmeister Schumacher, der Oberst Heilmannsberg und Major Ende angezeigt hatte, ist ein Strafverfahren wegen falscher Anschuldigungen eingeleitet worden.

Der Fall Ende endet ebenso mit einer schweren Blamage des Militärregimes und der neuen Machthaber in Preußen, wie der Fall Heilmannsberg und Carlbergh. Es wird ewig ein Schandfleck dieser Epoche bleiben, daß angesehene und unbescholtene Persönlichkeiten auf hundsgemeine Denunziationen irgendwelcher schmutzigen Elemente verhaftet und hinter Schloß und Riegel gesetzt werden konnten.

Appell in Neukölln

Freitag, den 29. Juli, um 19. Uhr, im Stadion Neukölln (Nähe Untergrundbahnhof Leinestraße)

Große Wahlkundgebung der Eisernen Front

Ab 20.30 Uhr Riesen-Feuerwerk. Einlaßkarten für Erwachsene zum Preise von 50 Pf., für Erwachsene 25 Pf. sind zu haben in der Kasse des Bezirksverbandes Berlin, Lindenstr. 3, Zimmer 6, im Gaubüro des Reichsbanners, Sebastianstr. 37/38 und an der Abendkasse. Vorverkauf an den Kassen des Stadions ab 17 Uhr.

Sorgt für Massenbesuch!

Der Gorgulow-Prozeß.

Ischestschenphantasien — ein sonderbarer Gerichtsakt.

Paris, 26. Juli. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß gegen den Präsidentenmörder Gorgulow wurde dem ehemaligen Kosaken Lazarew, der als Landarbeit in Süßfrankreich lebt und in der Brunterfuchung ausgelagert hatte, er erlernte in Gorgulow einen ehemaligen Ischelisten wieder, eine Photographie des Gorgulow vorgelegt. Er erklärte, das Bild gleiche nicht dem Mann, den er als Gorgulow gekannt habe. Vor Gericht hielt Lazarew jedoch seine alten Aussagen aufrecht. Er behauptete, daß er als Mitglied der Wrangel-Armee verwundet und in ein Krankenhaus zu Koflow eingeliefert worden sei. Dort wären zahlreiche Studenten gewesen, unter ihnen auch Gorgulow. Man habe ihm, dem Zeugen, nicht verschwiegen, daß Gorgulow verdächtig erscheine. Er habe sich daher in der medizinischen Hochschule, die Gorgulow besuchte, erkundigt. Dort seien zwei Professoren tätig gewesen, ein Georgier und ein Deutscher namens Fuchs. Er habe den Eindruck gewonnen, daß es sich um eine Spionage-schule handele. Er, Lazarew, sei später der Ischetscha auch verdächtig geworden und habe vor ihr erscheinen müssen. Eines Tages sei der Führer der dortigen Ischetscha abgerufen und durch Gorgulow ersetzt worden. Gorgulow habe ihn im Gefängnis besucht und ihn, weil er eine Aussage über die Herkunft seiner falschen Papiere verweigerte, mit einem Gewehrstoß niedergeschlagen. Neunzehn andere Gefangene seien in Gegenwart Gorgulows ebenfalls mißhandelt worden. Auf die Frage des Vorliegenden, ob er den Angeklagten damals unter dem Namen Gorgulow gekannt habe, erwiderte der Zeuge, man habe ihn Kamerad Wongol genannt. Er erkenne aber Gorgulow an seine Stimme und an seinem Aussehen wieder. Der Zeuge behauptete kategorisch, daß Gorgulow Tschelstist gewesen sei.

Auf die Aufforderung, hierzu Stellung zu nehmen, erklärte Gorgulow, alles sei Lüge und ein verbrecherisches Verhalten.

Der Zeuge habe wahrscheinlich Geld von Monarchisten erhalten, um ihn vor seinem Tode zu entehren. Er habe nie der Ischetscha angehört, er habe in Koflow studiert. Er sage die volle Wahrheit, während Lazarew lüge. Mit den Worten: „Es ist traurig“ sank Gorgulow auf der Anklagebank zusammen und begann zu weinen.

Der Hauptverteidiger Géraud machte das Gericht darauf aufmerksam, daß dem Zeugen eine Photographie Gorgulows aus dem Jahre 1920 vorgelegt worden sei, und daß dieser den Angeklagten darauf nicht erkannt habe.

Als nächster Zeuge wurde Dr. Genit-Barrin, einer der drei Ärzte vernommen, die Gorgulow auf seinen Geisteszustand untersucht haben. Der Zeuge sagte aus, er und seine Kollegen hätten ihren Bericht in voller Freiheit ohne irgendeinen Druck

ausgearbeitet. Der Angeklagte besitze eine Kultur, die er nicht ganz verdaut zu haben scheine. Er sei Literat und besitze also eine Tendenz zum Ueberchwang und zur Erfindung. Rufe und Literat, überall verjagt, das müsse man beachten, um seinen Geisteszustand zu würdigen. Anzeichen dafür, daß er ein Kandidat für die Paralyse sei, wären nicht vorhanden. Der Gutachter suchte dann die Schlußfolgerungen dieser Privatärzte, die Gorgulow als geisteskrank erklärt haben, zu widerlegen. Da einer dieser Ärzte Ruffe ist, vertritt er sich sogar zu der Erklärung, in den Schlußfolgerungen und in der Haltung seines Kollegen Spow finde man große Ähnlichkeiten mit der Haltung Gorgulows. Darauf erklärte der Hauptverteidiger: „Dr. Spow ist kein Berrücker.“ „Nein“, erwiderte der Zeuge, „aber er sei ein Ruffe.“ Der Zeuge führte weiter aus, daß Gorgulow geistige Besonderheiten aufweise, aber keine geistige Störung und als verantwortlich angesehen werden müsse.

Dazu erklärte Gorgulow, die Ärzte hätten ihn überhaupt nicht untersucht. Sie hätten ihn wie Gendarmen ausgefragt. Als der Zeuge dann erklärte, er habe immer folgen hören, daß der Kaufmann ein Band der Legende sei, erklärte der Hauptverteidiger, Gorgulow sei gar kein Kaufmann.

Diese Enthüllung versetzte den Zeugen detart in Erstaunen, daß das Publikum darüber in ein klagendes Gelächter ausbrach und gegen die wissenschaftliche Anzüglichkeit des Zeugen protestierte.

Die beiden anderen Gerichtsärzte schlossen sich den Erklärungen ihres Kollegen an, gaben aber rein wissenschaftliche Erklärungen. Dann wurden mehrere Privatärzte vernommen (unter ihnen jedoch nicht der vorher genannte Dr. Spow), die zu anderen Schlußfolgerungen gekommen sind. Sie sagten aus, daß die Vergangenheit des Angeklagten, seine konfuse Schriften und sein Größenwahn dafür sprächen, daß er geistig krank und daher für seine Tat nicht verantwortlich sei.

Reine Verfassungsänderung in Hessen.

Nationalsozialistischer Antrag abgelehnt.

Darmstadt, 26. Juli.

Der Befehlsgabeauschuß des Hessischen Landtages lehnte heute den nationalsozialistischen Antrag auf Verfassungsänderung, wonach das Gesamtministerium aus dem Staatspräsidenten bestehen soll, nach kurzer Aussprache mit 6 gegen 6 Stimmen ab. — Für den Antrag stimmten lediglich die Nationalsozialisten.

Ohne Hitler kein Papen!

Die Schwerindustrie entlarvt sich rechtzeitig.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die von der Schwerindustrie beherrscht wird und dem Kabinett von Papen äußerlich nahe steht, beschäftigt sich jemand in einem Beitrage mit der Frage: „Wie wählt man Papen?“ In der Schwerindustrie muß also dringendes Bedürfnis bestehen, am Sonntag von Papen zu wählen.

Auf die Frage gibt nun die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Antwort, daß der von Papen wählt, der seine Stimme am Sonntag der Nation gibt, wobei zu bedenken ist, daß der Nationalsozialismus der Mitwirkung erprobter Fachleute und ausgeglichener Persönlichkeiten — (natürlich aus der Schwerindustrie — Red.) — bedarf. Nach dem 31. Juli muß eine Umbildung der Regierung unter Führung des jetzigen Reichskanzlers stattfinden, bei der die Nationalsozialistische Partei im Reich und in Preußen herangezogen wird.

Es bleibt also dabei: Wer Hitler wählt, wählt Papen und wer Papen wählt, wählt Hitler!!! Gebt beiden die richtige Antwort: Wählt Diste 1!

Fort mit dem Reichskommissar.

Sittler verlangt es.

Im „Völkischen Beobachter“, dem von Adolf Hitler höchstselbst herausgegebenen Organ der Nazibewegung, ist zu lesen:

„Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei möchte hierzu in aller Offenheit mit bestimmter Entschiedenheit erklären, daß sie jedem Versuch, die Gliedstaaten des Deutschen Reiches im Wege des Reichskommissariats um ihre eigenen staatlichen Rechte zu bringen, als offene Kriegserklärung an die Nation betrachten würde.“

Der das so großartig schrieb, ist kein geringerer als Hitlers Leibjurist, der Bahusen-Anwalt Frank! III! Wer aber nun nach solcher eindeutigen Kundgebung der Reichsleitung der NSDAP der Meinung wäre, Hitler würde sich gegen den Reichskommissar von Papen wenden, befände sich auf dem Holzwege, auf dem Hitler selber stolpert. Denn die pompöse Neuherung von der „offenen Kriegserklärung an die Nation“ stand im „Völkischen Beobachter“ vom — 28. April 1932! Zwischen dem April und dem Juli liegen bekanntlich knappe drei Monate. Und in diesen drei Monaten kann ein echter Nazi seine Gesinnung zehnmal ändern! So haben auch Hitler und sein Bahusen-Anwalt sich nicht nur zum Reichskommissariat befehrt, sondern es direkt gefordert.

Da der Reichskommissar von Papen der Bahusen-Partei in fast allen Dingen nachgibt, so entspricht er auch nur ihren Wünschen, wenn er die „offene Kriegserklärung an die Nation“ durch sein weiteres Amtieren „mit betonter Entschiedenheit“ ausspricht.

Deshalb kann Herr von Papen ruhig weiter bleiben, ohne vor Hitler oder Frank erzittern zu müssen. Obgleich Frank in der gleichen Nummer des „V. B.“ erklärte: „Ein Reichskommissar für Preußen... wäre ein derartiger Schlag ins Gesicht... Deutschlands, daß vermutlich ein Sturm der Entrüstung ausbräche, der für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung denkbar unüberwindliche Schwierigkeiten bringen könnte...“

Schließlich ist die Nazientrustung ausgebrochen, weil der Reichskommissar noch nicht früh genug kam. Und wie sehr die Ruhe und Ordnung ankündigungsgemäß gestört wurde, das beweist die endlose Reihe von Blutzeugen, die nationalsozialistischen Mordmördern zum Opfer fielen!

Sie sind da!

Hurra!
Die Denunzianten sind wieder da.
In Flüsterbariton
Geben sie prima Informationen
Von behorchten Telephonen!
Sie hetzen,
Sie peizen,
Sie küstern küstern
Die falsche Melo-Melodie.
Jetzt ist Hochsalon.
Druff! Allong —
Mit Horrido und Korodi!
Hurra!
Die Denunzianten sind wieder da.

Jonathan.

Die Denunzianten-Pest.

Aus den Tagen des Belagerungszustands.

Die „Völkische Zeitung“ berichtet über eine Sumpflüte im „neuen Preußen“:

„Die Wiederkehr der verfassungsmäßigen Zustände wird hoffentlich dem Denunziantenwesen ein Ende machen, das bereits einzureißen begann. Bei dem Reichskommissar und dem Militärbefehlshaber sind ebenso wie bei der Polizei zahlreiche anonyme Schreiben eingegangen, in denen der Wunsch ausgesprochen wurde, man möge bestimmte Personen verhaften, ihres Amtes entheben oder übermachen. Selbstverständlich ist man auf solche anonymen Denunziationen nicht eingegangen.“

Zuher den anonymen Denunziationen sind auch andere, moralisch nicht einwandfreie Denunziationen eingelaufen, und haben gewirkt. Im Falle Heimannsberg-Ende-Carlberg war es der Polizeiwachmeister Schuhmacher, im Falle Breuer der Materialfischer Korodi, die die Denunziationen geliefert haben.

Die Namen dieser Denunzianten werden für immer mit diesen sechs Tagen verknüpft bleiben. Die Arbeiterschaft wird sie nicht vergessen!

Richtige Antwort an Klagges.

Braunschweig jubelt Paul Löbe zu.

Das Verbot der Löbe-Kundgebung durch den Naziminister Klagges hat bewirkt, daß die in der größten Halle Braunschweigs stattfindende Mitgliederversammlung der Eisernen Front überfällig war. Vor etwa 8000 Zuhörern sprach Genosse Löbe, den die Massen jubelnd begrüßten.

Er führte u. a. aus, daß er seit über 35 Jahren in tausenden Versammlungen im In- und Ausland gesprochen habe, ohne jemals die Ordnung und Sicherheit gefährdet zu haben. Eine solche „Begründung“ für das Redeverbot auszuwickeln sei Herrn Klagges vorbehalten geblieben. Laufende Anhänger der Eisernen Front würden die Worte weitertragen. Am 31. Juli, auf den das arbeitende Volk zunächst seine ganze Kraft zu konzentrieren habe, werde der Welt der Nachweis erbracht, daß Hitler nicht über die Mehrheit der deutschen Bevölkerung verfüge.

Unter nicht endemöglichem Beifall erklärte Genosse Löbe mit erhobener Stimme: „Unsere Arbeitskraft steht dem Dritten Reich nicht zur Verfügung.“ Auch die weitläufige Ankündigung des Redners, daß die Arbeiterführer treu an der Seite der Arbeiterschaft ausstehen würden, wurde mit immer neuen Freilichtrufen aufgenommen. Die Kampfbegeisterung der Massen war beispiellos und ist während des jetzigen Wahlkampfes von keiner anderen Kundgebung gegnerischer Parteien erreicht worden.

Auch eine Lösung



„Am 20. Juli ist Hochverrat begangen!“



„— ich meine natürlich durch Robert Breuer.“

Schleicher funkt rund.

Verbeugung vor Hitler. — Angriffe auf die Sozialdemokratie.

In einer Rundfunkrede führte Reichswehrminister General von Schleicher am Dienstagabend u. a. aus:

„Ich bin kein Freund des militärischen Ausnahmezustandes und ich bin erst recht kein Freund von Militärdiktatur und das nicht etwa trotzdem, sondern weil ich Minister für die Wehrmacht bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten besonders unsympathisch:

als Polizist vermerdet und in die Politik hineingezogen

zu werden. Beides aber läßt sich beim militärischen Ausnahmezustand nicht vermeiden. Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der zu einem bestimmten Zweck über Berlin und Brandenburg verhängte Ausnahmezustand sobald als möglich wieder aufgehoben würde. Das ist mit dem heutigen Tage geschehen. Der Soldat will sein Vaterland verteidigen und im übrigen Freund und Helfer aller nationalen Bevölkerungsteile sein. Kein anderes europäisches Land besitzt in so geringem Maße die Sicherheit, noch der, so paradox es klingt, gerade die stärkste Militärmacht der Welt unaufhörlich ruft. Diese Haltung unseres westlichen Nachbarn hat der Minister Stresemann, dem man doch wirklich keine Vereingommenheit gegen das Land seines Verhandlungspartners Briand nachsagen kann, seinerzeit im Reichstag mit „Heuchelei“ bezeichnet, und ich glaube, daß es in Deutschland nur wenige Menschen geben wird, die dem nicht zustimmen. Wie könnte Deutschland aus dem jetzigen Zustand der eigenen Unsicherheit herauskommen? Theoretisch auf zwei Wegen:

Erstens, indem die anderen Mächte bis auf unseren Rüstungsstand abrücken, wozu sie rechtlich und moralisch verpflichtet sind. Nach dem bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz wird es in der Welt nicht mehr viel Menschen geben, die an ein solches Wunder glauben.

Zweitens, indem wir unsere Wehrmacht so organisieren, d. h. umbauen,

nicht ausbauen, daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt, und ich möchte im Anschluß an die deutsche Schlussklärung in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweifeln Weg gehen werden, wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorzuziehen. Ich bin der Ansicht, und mit mir, so hoffe ich, jeder vernünftige Mensch in Deutschland, daß gerade in unserer gespannten Finanzlage jeder für die Wehrmacht ausgegebene Pfennig den höchsten Nutzwert für die Landesverteidigung haben muß. Die Wehrmacht stellt auch die Ultima ratio des Staates dar und ihr Einfluß muß in kürzester Frist Ruhe und Ordnung wiederherstellen und die Staatsautorität voll zur Geltung bringen. Daß die Wehrmacht dazu in der Lage ist, wird nach den Ereignissen der letzten Tage wohl niemand mehr ernstlich bestreiten. Richtig ist allerdings auch, daß sich beim Einfluß der Wehrmacht scharfe Maßnahmen nicht vermeiden lassen. Aber derartig harte Maßnahmen sind meist die mildesten, weil sie am schnellsten zum Erfolge führen. Allerdings bin ich der Meinung, daß das

Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht

allein schon genügen muß, um die Autorität des Reichs vor jeder Erschütterung zu bewahren.

Ich habe am Anfang meiner Ausführungen betont, daß es dem Soldaten aufs höchste zuwider ist, wenn er in die Politik hineingezogen wird. Ich möchte noch hinzufügen, daß mich in den letzten Wochen nichts so sehr geärgert hat — und ich ärgere mich nicht leicht — wie die Behauptung, ich hätte die Reichswehr in den politischen Meinungsstreit eingezogen. Das ist der ungerechteste Vorwurf, der einem Mann treffen kann, der seit der Revolution, die die Reichswehr politisch vollständig verlor, auf allen Wegen und mit allen Mitteln einen zähen und verbissenen Kampf um die Entpolitisierung der Wehrmacht geführt hat und der in diesem Kampf oft gerade die Kreise zum Gegner hatte, die heute mit großem Geschrei vor der Politisierung der Wehrmacht warnen, nachdem es ihnen zum Segen unseres Vaterlandes nicht gelungen ist, aus der Reichswehr eine Parteigruppe zu machen.

Das Schlagwort „Junter und Generale“ hätten die Regierung Brüning gestürzt, ist eine glatte Lüge.

Solange ich an dieser Stelle stehe, dessen können alle Parteien gewiß sein, werde ich es niemals zulassen, daß die Wehrmacht ihre überparteiliche, nur dem Volksganzen dienende Haltung ändern oder gar aufgeben wird. Und ein zweites kann ich den Herren versichern, die heute mit Kasandrarufen ihre Wahlagelassen betreiben: Ich werde nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihm im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen ihre geschlichen Funktionen anmaßen. Ich begrüße daher besonders die Ausführungen des Führers der Nationalsozialisten in Berchtesgaden vor seinen SA-Führern, die sich durchaus mit meinen obigen Ausführungen über die Stellung der Wehrmacht im Staate decken. In diesem Zusammenhang einige Worte über die Verbände:

Nach einem überauswichtigen Vorbezug auf die Wehrverbände, deren Undrauchbarkeit für Kriegszwecke er unter Berufung auf Hind Gänge unterstrich, legte er hinzu: Beirübend und beschämend ist es nur, daß Frankreich seine Argumente gegen diese Verbände zum größten Teil aus Deutschland selbst von den Kreisen bezieht, denen zur Bekämpfung ihrer politischen Gegner jedes Mittel, selbst das des Landesverrats, recht ist. Der Gedanke der Kameradschaft umschließt die nationale und die soziale Aufgabe der Wehrmacht. Die nationale Aufgabe: das ist die alle Volksteile umfassende und einigende Pflicht der Landesverteidigung. Die soziale Aufgabe: das ist die Verbundenheit der Wehrmacht mit den Schicksalen aller Volksschichten. So wenig die Reichswehr eine Parteitruppe ist, so wenig ist sie die Schutzmacht irgend welcher Klassen oder Interessenten, so wenig will sie überlebte Wirtschaftssysteme oder unhaltbare Besitzverhältnisse decken.

Zum Schluß lassen Sie mich noch einmal auf die sogenannte Militärdiktatur zurückkommen, von der ihre Anhänger das große Wunder erhoffen, die für ihre Gegner aber der Inbegriff alles Scheußlichen bedeutet. Zunächst glaube ich, daß sich unter Militärdiktatur jeder etwas anderes vorstellt. Wenn man darunter das versteht, was das Wort besagt, nämlich die diktatorische Regierung der Wehrmacht, so habe ich eine solche Regierungsform in Deutschland für völlig ausgeschlossen, weil die Wehrmacht nie etwas anderes tun wird, als den Befehlen ihres Oberbefehlshabers, des durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, zu folgen. Wenn man unter Militärdiktatur eine Regierung versteht, die sich nur auf die Bajonette der Reichswehr stützt, so kann ich dazu nur sagen, daß

eine solche Regierung im luftleeren Raum

sich schnell abruhen und letzten Endes zum Mißerfolg führen muß. In Deutschland vielleicht mehr noch, als in manchen anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volksströmung getragen sein. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ich in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen klarer gesehen habe und weniger militaristisch gewesen bin wie mancher Politiker, der sich oft und gern zur Demokratie bekennt, aber sofort zur Diktatur der Bajonette bereit ist, wenn seine Machtposition oder die seiner Partei es notwendig macht. (Wer ist damit gemeint? Red.) Deshalb bin ich kein Freund der Militärdiktatur.

Bisher genöth der „starke Mann“ der Reichsregierung den Ruf eines „großen Schweigers“. Jetzt läuft er Gefahr, in den gegenständlichen Ruf zu kommen. Ramentlich sein Herumführer in den Gefilden der Außenpolitik dürfte der deutschen Diplomatie noch starkes Kopfschütteln bereiten.

Die Verbotsmaschine arbeitet.

Zwei weitere sozialdemokratische Blätter verboten.

Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat Dienstag vormittag das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Finsterwalde wegen des Artikels „Severing und von Papen oder Mann und Renne“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Das ostenburgische Naziministerium des Innern hat die sozialdemokratische „Delmenhorster Volkswacht“, ein Kopfbild der „Bremer Volkszeitung“, ab Dienstag auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Der Untergang der „Niobe“.

In einer Gewitterböe gekentert. — Schwarzer Tag für die Reichsmarine.

Die Wehmacht der Deutschen Republik ist von einem schweren Unglück betroffen worden. Ein Schulschiff der Reichsmarine ist in der Nähe von Fehmarn auf der Ostsee durch eine Gewitterböe gekentert, wenige Minuten nachdem das Riesenschiff Do X das Segelschiff überflogen hatte. Neunundsechzig Menschen haben den Tod gefunden und das ganze deutsche Volk steht erschüttert und trauernd angesichts dieser Katastrophe.

Der Untergang der „Niobe“ läßt die Gedanken zurückschweifen, und man erinnert sich, daß am Eingang des Jahrhunderts ein Schiffsunglück stand, von dem gleichfalls ein deutsches Schulschiff betroffen wurde. Das Schulschiff „Gneisenau“ lag am 16. Dezember 1900 vor dem Hafen von Malaga und wurde durch Sturm gegen die Ostmole des Hafens geschmettert und zerstört. 38 junge Menschen wurden getötet. Sieben Jahre später, am 7. November 1907, forderte eine Kesselexplosion auf dem „Blücher“, der später im Weltkrieg an der englischen Küste sank, 15 Tote. Besonders groß war vor dem Kriege die Zahl der Katastrophen bei Torpedobooten, und die Erinnerung der Kellerei hat bei dem furchtbaren Unglück von Helgoland, bei dem am 5. März 1913 das Torpedoboot S. 178 vom Kreuzer York gerammt wurde und versank. Der Verlust betrug nicht weniger als 70 Menschen. Die schweren Opfer, die von der Kriegsmarine im Weltkrieg gebracht wurden, sind bekannt.

Die junge republikanische Reichsmarine ist erfreulicherweise von schwereren Unglücken verschont geblieben. Am 23. November 1926 wurde bei einer Versuchsfahrt des neuen Torpedobootes „Niobe“ vor Billau durch ausströmenden Dampf neun Menschen verbrüht, von denen einer verstarb. Am 8. Juni 1928 waren bei der Explosion eines Sprengkörpers auf einem Minenlegboot auf offener See bei Kiel sechs Tote und sieben Verletzte zu beklagen. Das Unglück aber, das uns heute bewegt, ist ohne Zweifel das schmerzhafteste, das über die Reichsmarine der Republik seit ihrem Bestehen hereingebrochen ist.

Zu dem Unglück des Segelschiffes „Niobe“ erfahren wir weiter: Die „Niobe“ kenterte in einem schweren Gewitter infolge einer Böe, kurz nachdem „Do X“ auf seiner Fahrt von Travemünde nach Kiel dem Schiff begegnet war. Der Untergang vollzog sich sehr rasch in etwa 3 bis 4 Minuten. An der Unfallstelle sind jetzt die Kreuzer „Königsberg“ und „Köln“ und vier Boote der ersten Schnellboot-Halbflottille und der Sperrverband mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Die „Niobe“ war eine Dreimastschonerbarke von 600 Tonnen Wasserdrängung. Sie hatte einen Motor von 240 PS, die Besatzung bestand aus 6 Offizieren, 50 Offiziersanwärtern und 25 Stammunteroffizieren und Mannschaften, zusammen also rund 100 Mann. Die neuen Anwärter waren am 1. Juli d. J. an Bord gegangen. Die „Niobe“ befand sich auf einer Ausbildungsreise und war gestern in See gegangen mit dem Ziel Warnemünde. Sie sollte Mitte September in ihren Heimathafen Kiel zurückkehren. Das Schiff unterstand der Marineinspektion für das Bildungswesen. Kommandant war Kapitänleutnant Ruhfus. Die „Niobe“ ist erst nach dem Kriege in Dienst gestellt worden war, hatte als ersten Kommandanten den bekannten Grafen Lütner.

Zu viel Segel gefeht?

Den Hergang des Unglücks kann man sich in Marinekreisen kaum erklären. Es besteht nur die eine Möglichkeit, daß eine plötzlich vom Lande her anrollende Gewitterböe die „Niobe“ erfaßt und niedergedrückt hat, ehe es gelungen war, die vollaufgebrachte Leinwand zu bergen. Nur so ist das Unglück des Schulschiffes denkbar.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, hat anlässlich des Unterganges des Segelschiffes folgendes Telegramm an den Inspektor des Bildungswesens der Marine

Kiel, 26. Juli.
gerichtet: „In kameradschaftlichem Gedenken bin ich in diesen traurigen Stunden bei Ihnen und der braven „Niobe“-Besatzung. Ich trauere mit Ihnen und den Angehörigen der Verunglückten um die vielen jungen Kameraden, die die unerbittliche See uns entriß hat. Ich bin aber auch gewiß, das dieser schwere Schlag die Reichsmarine zu weiterer treuer Pflichterfüllung anspornen und uns allen erneut unser Gelöbnis ins Herz einmeißeln wird, das da heißt: Fürs Vaterland vorwärts und aufwärts.“

Keine Spur von den Vermissten.

Kiel, 26. Juli.
Die von der Seeflugstation Hohenau an die Unfallstelle der „Niobe“ entsandten Flugzeuge, die von den Fliegern Osterkamp und Hubrich geführt wurden, sind nach Kiel zurückgekehrt. Sie haben die Unfallstelle und ihre Umgebung bis zur dänischen Küste mehrere Stunden lang abgesehen, ohne eine Spur der Vermissten zu finden. Von der „Niobe“ selbst ist nichts mehr zu sehen. Da auch die von der Reichsmarine vorgenommene genaue Nachsuche ergebnislos geblieben ist,

besteht keine Hoffnung mehr auf Rettung der 69 Vermissten.

Bisher sind auch keine Leichen geborgen worden.

Die Geretteten.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die Geretteten von dem gestrandeten Schulschiff „Niobe“ sind von dem Kreuzer „Königsberg“ aufgenommen worden. Bisher sind die Namen folgender Geretteter gemeldet: Kapitänleutnant Ruhfus, Oberleutnant Voit; ferner folgende Kadetten: Mittelstedt, Glümper, Bohje, Brahm, Sürs, Hoffmann, Girdalone, Jürgens, von Renher, Korth, Bannenberg, Wieting, Raseneß, Eichel, Bogel, May, Steinbrück und Schrott.

Neues Fliegerunglück.

Hellmuth Hirth vom Propeller der Unterarm abgeschlagen.

Stuttgart, 26. Juli.
Der bekannte Flieger und Flugmotorenkonstrukteur Hellmuth Hirth erlitt im Flughafen Böblingen einen schweren Unfall. Beim Ausprobieren eines neuen Flugzeugmotors, der beim Europaflug verwendet und in ein Großflugzeug eingebaut werden sollte, kam Hirth plötzlich dem anlaufenden Propeller zu nahe. Dabei wurde Hirth ein Unterarm abgeschlagen. Der Flieger wurde in das Böblinger Krankenhaus gebracht. Nur dem Umstand, daß er mit dem Kopf außer der Reichweite des Propellers war, hat Hirth es zu verdanken, daß er am Leben blieb.

Mörder aus verschämter Liebe.

Aufklärung der Tragödie von Marzahn

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei über das Sittlichkeitsdelikt, das am Montag früh an der 33 Jahre alten Frau Kokott in Marzahn begangen wurde, haben jetzt zur Aufklärung der bisher noch dunklen Zusammenhänge zwischen Tat und Täter geführt. Gestern mittag traf aus Grafenhausener Nachrichten über den Attentäter ein, einen 23 Jahre alten Maurer Franz Weiner, der am 24. Juli die elterliche Wohnung verlassen hatte.

Franz Weiner war mit einer jungen Leipzigerin verlobt. Das junge Mädchen hatte ihm kürzlich einen Brief geschrieben, in dem es mitteilte, daß es die Verlobung mit ihm als gelöst betrachte. Warum das Mädchen zu diesem Entschluß gekommen war, steht noch nicht fest. Franz W. hatte sich das so zu Herzen genommen, daß er beschloß, die Eltern zu veranlassen, um auswärts ein neues Leben zu beginnen. Die Eltern erhielten am Dienstag eine Karte aus Hoppegarten von ihrem Sohn, auf der er mitteilt, daß er Selbstmord begehen werde. Bevor Franz W. Mörder an sich selbst wurde, beging er das furchtbare Verbrechen. W., der erst ganz kurze Zeit in Berlin weilte, hatte sich hier anscheinend obdachlos umhergetrieben und war schließlich nach Marzahn gekommen. Wahrscheinlich aber wollte er sich an einer anderen ganz unschuldigen Frau dafür rächen, daß ihn seine Braut verschämmt hatte. Seine Leiche wurde in die Halle von Bornim gebracht.

Freiheitschallplatte.

„Freiheitsmarsch der Eisernen Front“, gesungen von Mitgliedern des Berliner Schubert-Chors mit Blasorchester. — „Die Internationale“. Degeter, bearbeitet von Hermann Scherfchen, Blasorchester. — „Notgardienmarsch“ (Brüder, zur Sonne), gesungen von Mitgliedern des Berliner Schubert-Chors. — Preis der Schallplatte: 1,50 M. — Zum „Marsch der Freiheit“ ist ein Textblatt zum Preise von 5 Pf. erschienen. Schallplatte und Textblatt sind im Büro des Bezirksausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, zu haben.

Sonntag von 8 bis 17 Uhr.

Das Kreuz ins erste Feld! / Stimmscheine noch bis Freitag!

Die amtliche Bekanntmachung über die Reichstagswahl wird jetzt durch Säulenanschlag veröffentlicht. Die Wahl findet am Sonntag in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Nur die amtlichen Stimmscheine dürfen bei der Wahl verwendet werden. Der Stimmberechtigte muß auf dem amtlichen Stimmscheine den Kreiswahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, in einwandfreier Weise kennzeichnen. Die geschieht am besten dadurch, daß in dem leeren Kreis O, der sich neben jedem Wahlvorschlag befindet, ein ⊕ oder ein ähnliches Zeichen gesetzt wird.

Unser Kreuz gehört der Liste 1, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Stimmscheine besorgen!

Wer in Berlin eingetragen, aber aus zwingenden Gründen am 31. Juli während der Abstimmungszeit von Berlin abwesend ist oder wer nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt, oder infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch einen Stimmschein die Möglichkeit hat, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen, erhält auf Antrag einen Stimmschein.

Die Ausstellung dieses Stimmscheins muß sofort bei dem für den Wohnbezirk zuständigen Bezirkswahlamt beantragt werden.

Am besten sind die Anträge während der allgemeinen Dienststunden mündlich zu stellen, wobei der Grund zur Ausstellung des Stimmscheins auf Erfordern glaubhaft nachzuweisen ist. Auch muß sich jeder Antragsteller über seine Berechtigung, den Antrag zu stellen und den Stimmschein in Empfang zu nehmen, gehörig ausweisen; daher ist die Mitnahme von Ausweispapieren erforderlich. Bei schriftlichen Anträgen ist die Berliner Wohnung genau anzugeben, auch sonst sind alle oben gekennzeichneten Angaben zu machen.

Nach dem 29. Juli 1932, nachmittags 3½ Uhr, werden Anträge auf Ausstellung von Stimmscheinen nicht mehr angenommen.

Adressen der für Berlin zuständigen Bezirkswahlämter:

1. Bezirkswahlamt Mitte, Berlin O 27, Blumenstraße 88, Aufgang IV, II.
2. Bezirkswahlamt Tiergarten, Berlin NW 87, Turmstraße 70, Portal 1, 4 Tr.
3. Bezirkswahlamt Wedding, Müllerstr. 146/147, Eingang Limburger Straße, Zimmer 5.
4. Bezirkswahlamt Prenzlauer Berg, Berlin NO 55, Danziger Straße 64, Zimmer 326.
5. Bezirkswahlamt Friedrichshain, Berlin NO 18, Markusstr. 49, II.
6. Bezirkswahlamt Kreuzberg, Berlin SW 47, Yorckstraße 10, Zimmer 72—75.
7. Bezirkswahlamt Charlottenburg, Charlottenburg, Berliner Str. 72, Rathaus, 3. Obergesch., Zimm. 325.
8. Bezirkswahlamt Spandau, Bln.-Spandau, Potsdamer Tor 2/4, Zimmer 412.
9. Bezirkswahlamt Wilmersdorf, Berlin-Wilmersdorf, Stadthaus, Kaiserallee 1/12, Zimmer 159/160.
10. Bezirkswahlamt Zehlendorf, Berlin-Zehlendorf, Rathaus, Kirchstraße 3.
11. Bezirkswahlamt Schöneberg, Berlin-Schöneberg, Rathaus, Am Rudolf-Wilde-Platz, Eingang Straße „Am Rathaus“ Nr. 5.
12. Bezirkswahlamt Steglitz, Bln.-Lichterfelde, Rathaus, Schillerstraße 32, Zimmer 4.
13. Bezirkswahlamt Tempelhof, Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 42.
14. Bezirkswahlamt Neukölln, Berlin-Neukölln, Rathaus, Berliner Straße 64, Zimmer 132.
15. Bezirkswahlamt Treptow, Bln.-Treptow, Neue Krugallee 2/6, Rathaus.
16. Bezirkswahlamt Köpenick, Bln.-Köpenick, Rathaus, 2. Stock, Zimmer 86.
17. Bezirkswahlamt Lichtenberg, Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße 4, Zimmer 6—9.
18. Bezirkswahlamt Weißensee, Berlin-Weißensee, Rathaus, Albertinienstraße 6, pt., Zimmer 5.
19. Bezirkswahlamt Pankow, Berlin-Pankow, Rathaus, Breitenstraße 25/26, 1. Obergesch.
20. Bezirkswahlamt Reinickendorf, Berlin-Tegel, Veitstraße 5, Zimmer 13.

Bonalin Der neue Feuerzeug-Brennstoff in der Tube
der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft

Bequem u. gefahrlos, da nach neuem Verfahren verfestigt, in Tuben verpackt. Gelangt als wasserklare Flüssigkeit in das Feuerzeug. Unentbehrlich für Raucher u. Haushaltungen. Mit Bonalin wird ein Feuerzeug endlich zu einem zufriedenstellenden Gebrauchsartikel.

Fragen Sie bei Ihrem Zigarrenhändler, in Drogerien, Apotheken, Bijouterie- und Feuerzeugläden oder in sonstigen einschlägigen Geschäften nach Bonalin. Die Tube kostet nur 85 Pf. und reicht auf lange Zeit.

Einzelhändler wenden sich an die Firma Heinrich Christler, Berlin SW. 29, Gneisenaustraße 48. Telefon F. 6, Baarwald 7057

Eiserne Front - trotz alledem!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Mittwoch, den 27. Juli:

18. Kreis Weißensee. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Schloßpavillon, Weißensee, Berliner Allee. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Siegfried Aufhäuser, MDR.
8. Abt. im Nationalhof, Bülowstr. 37, 19½ Uhr öffentliche Kundgebung. „Kampf um den neuen Reichstag“. Referent Max Heydemann, MdL.
- 32., 33. und 34. Abt. 20 Uhr öffentliche Kundgebung in der „Alten Taverne“, Alt-Stralau 22. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Karl Hetschold.
62. Abt. Siemensstadt-Haselhorst. 20 Uhr öffentliche Kundgebung in Weidners Festsälen, Sternfeld. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Karl Litke, MDR.
65. Abt. Staakon. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Sportplatz Staakon. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Stadtverordneter Rohde und Dr. Kurt Löwenstein, MDR.
83. Abt. Lichterfelde. 19½ Uhr Wählerkundgebung in den Lichterfelder Festsälen, Lichterfelde, Zehlendorfer Str. 5. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Bernhard Göring und Luise Kähler, MdL.
84. Abt. Lankwitz. 19½ Uhr Wählerkundgebung bei Lehmann, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Haubach.
101. Abt. Treptow. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Inh. Gloger, Am Treptower Park 25/26, öffentliche Wählerkundgebung. „Gegen faschistische Diktatur — für die Freiheit der Arbeiterklasse“. Referent Dr. Richard Mischler.
100. und 108 a Abt. Cöpenick. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Restaurant Stadttheater Köpenick, Friedrichstr. 6. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Kurt Heinig, MDR, und Käthe Kern.
120. Abt. Friedrichsfelde. 20 Uhr öffentliche Kundgebung bei Tempel, Prinzenallee 45. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Otto Bach.
121. Abt. Karlshorst. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im großen Saal des „Deutschen Hauses“, Karlshorst, am Bahnhof. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Richard Joachim.
129. Abt. Pankow. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung bei Lindner, Pankow, Breite Str. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Hermann Harnisch, MdL.
139. Abt. Tegel. 19½ Uhr Kundgebung im Strandschloß, Uferstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Arthur Crispian, MDR., und Anna Geyer.
141. Abt. Rosenthal. 19½ Uhr bei Manthey, Rosenthal, Hauptstraße, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Erich Kuttner, MdL.
- Siemens-Bahnhalle, -Stockwerk, -Autehalle. 16 Uhr im Lokal Lange, Siemensstadt, Nonnendammallee 88, Betriebsversammlung. „Kampf um Freiheit und Recht“. Referent Robert Breuer, Betriebsauswirts legitimiert.
- Siemens-Schaltwerk. 16½ Uhr bei Vogel, Siemensstadt, Nonnendammallee 100. „Der Kampf um Freiheit und Recht“. Referent Dr. Otto Friedländer.
- Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband. 15½ Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41, Invalidenversammlung mit Frauen. Referent Max Gillmeister.
- Bamag. 16 Uhr Kundgebung bei Oehlschläger, Berlichingstraße 5. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Gottlieb Reese.
- Arbeitsamt Ost. 16½ Uhr Kundgebung bei Seipke, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Ecke Scharnweberstr. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Brinitzer.
- Ludwig Löwe, Geflügel. 16½ Uhr im Lokal Sturz, Huttenstr. 9, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Ulrich.
- Kundgebung der Eisernen Front für die Belegschaft der Firma Karstadt. 19½ Uhr im oberen Saal von Kilems Festsäle, Hasenheide. „Unser Kampf gegen die nationalsozialistische

Kapitalistenpartei“. Referent Genosse Oltersdorf vom Gesamtverband.

Bezirksamt Treptow. Betriebsfraktion. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Treptow, Am Treptower Park 25/26, Versammlung der Eisernen Front (gemeinsam mit der 101. Abt. Treptow). Vortrag des Genossen Dr. Richard Mischler: „Gegen faschistische Diktatur — für die Freiheit der Arbeiterklasse.“

Donnerstag, den 28. Juli:

2. Kreis Tiorgarten. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Moabiters Gesellschaftshaus, Wiclawstr. 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Siegfried Aufhäuser, MDR, und Mathilde Wurm, MDR.
3. Kreis Wedding. 5 öffentliche Wählerkundgebungen 19½ Uhr im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, Referent Kurt Heinig, MDR.; in beiden Sälen der Atlantik-Säle, Behmstr. am Bahnhof Gesundbrunnen, Referenten: Fritz Schröder und Richard Joachim; im großen Saal der Pharusäle, Müllerstr. 142, Referent Hermann Schlimme; im kleinen Saal der Pharusäle, Müllerstr. 142, Referentin Anna Geyer. Thema in allen Kundgebungen: „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“.
7. Kreis Charlottenburg. 19½ Uhr zwei Wählerkundgebungen im kleinen und großen Saal des „Edenpalast“, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Otto Bach und Hermann Harnisch, MdL.
8. Kreis Spandau. 20 Uhr öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle, Spandau, Askanierring. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Rud. Breitscheid, MDR.
9. Kreis Wilmersdorf. 20 Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114, öffentliche Kundgebung. Musik, pol. Kabarett, Ansprache Otto Meier, MdL. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“.
11. Kreis Schöneberg. 20 Uhr im Saal des Ledigenhelms in der Siedlung Lindenhof, Eythstr., Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Bernhard Göring.
75. Abt. Wannsee. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Lindenhof am Wilhelmplatz. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Gottlieb Reese.
85. Abt. Tempelhof. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Birkenwäldchen, Tempelhof, Mantuffelstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Karl Dressel, Robert Breuer, Filmvorführung.
86. Abt. Mariendorf. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung in der Aula der Eckener-Oberrealschule Kaiser-Ecke Rathausstr. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Genosse Schlieffert.
100. Abt. Rudow. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im „Julluspark“ Rudow SAJ-Spieltruppe. Ansprache Karl Litke, MDR. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“.
109. Abt. Friedrichshagen. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichshagen, Friedrichstr. 137. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Kurt Löwenstein, MDR.
118. Abt. Lichtenberg. 19½ Uhr in der Schulaula Lichtenberg, Siegfriedstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Stadtrat Otto Ortman.
- 124a Abt. Mahlsdorf-Süd. 19½ Uhr öffentliche Wählerkundgebung bei Hubertus, Köpenicker Allee. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Georg Maderholz, MdL.
153. Abt. Buchholz. 20 Uhr bei Kähne, Buchholz, Berliner Str. 39, öffentliche Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Richard Mischler.
154. Abt. Buch. 20 Uhr bei Göpfert, am Bahnhof Buch, öffentliche Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Julius Moses, MDR.

156. Abt. Reinickendorf-Ost. 19½ Uhr im Schützenhaus, Residenzstr. 1. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Haubach.

143. Abt. Waldmannslust. 20 Uhr bei Zimmer, Lübars, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Ernst Hildebrandt.

Ehrich & Graetz. 16½ Uhr öffentliche Betriebsversammlung der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter im Lokal George (früheres Rennbahnlokal) am Bahnhof Treptow. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Franz Künstler, MDR.

National-Registriertassen. 16 Uhr im Lokal Gambrinus, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Ecke Treptower Str., Betriebsversammlung. „Die kommenden Wahlen“. Referent Erich Kuttner, MdL.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband. 2 Kundgebungen in der Löwenbrauerei, Hochstr. 2 und im Patzenhofer, Landsberger Allee 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Max Heydemann, MdL, Lorenz Breunig.

Leiser Schuhfabrik. 16 Uhr im Gesellschaftshaus Ewest, Große Frankfurter Str. 30. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Karl Hetschold.

Etha-Werke Britz. 16½ Uhr bei Tristram, Britz, Bürgerstr. 68/70, Kundgebung. „Sozialismus oder nationalsozialistische Phrasen?“. Referent Max Ulrich.

Werner, Lützowstraße. 16 Uhr Eiserner-Front-Versammlung im Lokal Bürensprung, Lützowstr. 7. „Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse“. Referent Karl Dressel.

Bezirksamt Wedding. 16 Uhr im großen Saal Pharusäle, Müllerstr. 142. Kundgebung „Der Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Erich Raddatz.

AEG-Turbinenfabrik. 15 Uhr im Nordwestkasino, Alt Moabit 56, Betriebsversammlung. „Die kommenden Wahlen“. Referent Max Brinitzer.

Westhafen. 17 Uhr, im Lokal „Sturmeck“, Föhler-Ecke Fehrmarsstraße. Kundgebung „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Hans Cohn.

Freitag, den 29. Juli:

4. Kreis Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, Kundgebung auf dem Sportplatz an der Cantianstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Ernst Hildebrandt.

112. Abt. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Paradiesgarten Rehnsdorf. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Heydemann, MdL.

123. Abt. 20 Uhr, bei Eschrich, Kaulsdorf, Alt-Stralau 53, Eiserner-Front-Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Otto Friedländer.

139a. Abt. Tegel, Freie Scholle. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im Schollenkrug, Hermsdorfer Straße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Fritz Schröder.

Sonnabend, den 30. Juli:

61. Abt. Spandau. 19½ Uhr, im Hohenzollernkasino, Spandau, Württembergstr. 7, Kundgebung „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Lorenz Breunig.

111. Abt. Bohnsdorf. 20 Uhr, bei Helmann, Waltersdorfer Str. 100, öffentliche Kundgebung. „Die kommenden Wahlen.“ Referent Jockel Meier.

124. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im großen Saal von Anders, Bahnhofstr. 35/37. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent Paul Zippel.

152. Abt. Blankenburg. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Klug, Dorfstr. 2. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Schützing.

Sorgt für Massenbeteiligung!



Oskar Wöhler **Jan Hus.** Der letzte Tag

Er weiß keine andere Antwort als diesen Ruf. Seine Lippen fangen in ihrer Todesangst an zu flattern wie die Flügel eines Zaunkönigs, der einem Vogler ins Garn ging. Großartig steht ihm der Schweiß auf der Stirne. Bitter rinnt's ihm durch die Brauen ins Auge. Und mit dem stehenden Schweiß bricht aus ihm hervor der Stahlschrei:

„Jesu Christe, du Sohn des Lebendigen Gottes, der du für uns gelitten, erbarme dich meiner!“

Da zwängt der Vikarius des Reichs, Pfalzgraf Ludwig seinen Apfelschimmel vor und reitet dicht an den Scheiterhaufen heran:

„Magister, ein letztes Wort! Willst du nicht widerrufen?“

Diese Frage zieht Hus hervor unter dem seelenermalenden Feisblock der Todesangst und gibt ihn sich selber wieder.

Er sieht am Pfalzgrafen vorbei, der im Prunk der ritterlichen Rüstung schimmert, er sieht den schwihenden Henker am Feuer hantieren und die Beschafeln einschieben, er sieht den breiten Ruhbaum mit dem fatten, dunkelgrünen Laub, der sich kühlend hinter dem Reiter über dreihundert wartende Fußknechte breitet, er sieht in der verdämmerten Ferne das blanke Band des Rheins, er sieht dahinter wie auf durchscheinendes Glas gemalt die Regalberge des Hegaus, er sieht hinein ins wolkenlose Blau, Abglanz der Sonne sieht er und die Nacht und Pracht der Welt; in seinen Ohren rauscht und brauscht es, Rauschen des Blutes oder vieltausendflügeligen Bienenstimmens, durch den Ruch des knisternden Bedes hindurch schmeckt er den herben Odem der Brache und des grasigen Felds, die heiße Luft haucht ihn wie Weibesatem an: o, es ist schön zu leben, o, es ist schön!

Hoppe von Pappenheim, der Reichsmarschall, sieht dieses Schwanken. Er reitet dem Pfalzgrafen zur Seite, der ungeduldig die Lippen benagt, und, Hus einen Zettel vor die Augen haltend, jagt er:

„Sei geschäft, widerrufe!“

Wie zwei hungrige Sonnen brechen die Augen des an den Brandpfahl Gefesselten auf ihn ein. Der Marschall deutet den Blick falsch.

„Ja!“ drängt er. „Widerrufe! Schwöre ab, zeige Reue, so bist du des Todes verschont. Hier hab ich das Gegenurteil zur Hand. Die heiligen Väter erkennen in diesem Fall nur auf Klostergefängnis.“

Hus begriff. Man versucht zum letztenmal, ihn zu kaufen. Wucherpreis die Welt. Sein Leben soll er zahlen mit seiner Ueberzeugung.

Wieder spürt er die gegen ihn anstuhende Sommerluft. Aber es ist nicht mehr eines reinen Weibes Atem, es ist der Rundhauch einer Dirne. Wieder schmeckt er den Brodem der Brache und des grasigen Felds, aber es ist der Ruch der Verwesung. Wieder rauscht und brauscht es in seinem Ohr, aber es ist kein Bienenstimmens, es ist das milliardenflügelige Summen Satans, der als lauernde Bestie über der Welt sitzt, sie mit der Lockung des Blutes zu betören. Wieder sieht er den Abglanz der Sonne, die Nacht und Pracht der Welt, aufgeschlossen allen Fußspruch der Landschaft, aber jetzt ist das alles nur Fangwerk der Hölle. Selbst der gewaltige Ruhbaum hinter den Reitern ist kein kühles, schirmendes Dach mehr, sondern eine grügelnde Drohung, die dunkel aufsteigt aus dem dunklen Schloß der Erde.

Wie unter einem Uebermaß des Lichts schließt Hus die Augen.

Sollte nicht Christus in der Wüste ähnlich versucht werden vom Fürsten der Welt? Doch der Herr hat die Prüfung bestanden, und wenn er jetzt herniederhaut aus den Himmeln, wo er sitzt zur Rechten des Vaters, zu rüchten am Ende der Zeiten über die Toten und die Lebendigen, so soll er ihn, seinen Jünger, nicht schwächer finden als sich selber.

In diesem Augenblick stirbt in Hus die Kreatur und in aller Herbeheit wird der Befenner und Scholastiker wiedergeboren. Und herb und scholastisch ist auch seine Antwort, die er lautstimmig gibt: „Gott sei mein Zeuge, daß ich niemals das gelehrt oder geschrieben habe, wessen mich falsche Zeugen bezichtigen. Die Wahrheit habe ich bekannigmacht. Gottes ewige Sägung. Ist das todeswürdig, so will ich's gerne mit meinem Blute besiegeln!“

Bei diesen Worten ist sein Antitz breitflächig zur Sonne gewendet. Wie ein verkürter Märtyrer, schon hinausgehoben über Peinigung und Schmerzen, steht er da.

Der Marschall ballt die Fäust und zerrnüllt wütend den pergamentenen Zettel.

„So brenne denn, halsstarrer Schurke!“

Er wendet brüst und reitet in den freien Platz im Kreis zurück, dichtauf gefolgt vom Pfalzgrafen Ludwig, der sich noch immer die Lippen zerbeißt und vor sich hinknarrt: „Sigmund hat doch recht gehabt. Wahrhaftigen Gottes, an dieser Regertöle ist Hopfen und Malz verloren! Schäd um das schöne Rheinland!“

Nun zögert Ammon Weiff nicht länger. Er nimmt die schwelenden Fackeln aus dem Feuer, verteilt sie an seine drei Gefellen, wartet ein paar Augenblicke, bis jeder an seinem Platz ist und schreit dann: „Feuer herfür!“

In diesem Augenblick wird von allen vier Seiten der Holzstoß entzündet.

Rauch walt, eine Flamme steigt auf, gleichzeitig mit ihr ein befreites „Ah!“ von zehntausend Stimmen.

Mag der Haufen hoch flammen! Er verbrennt eine Unzahl von Sünden mit; denn jedem der Zuschauer am grauligen Reherbrand ist von der Kirche ein vollkommener Ablass verkündet.

30.

Genau zur gleichen Zeit, da Hus im Brande des Scheiterhaufens seinen letzten Schrei ausstieß, der bis ins Gelsingertor hinein zu hören war, und der allen, die ihn vernahmen, sogar den dreitausend Gewappneten, das Herz zusammenfahren ließ in der Brustkammer und ihnen schier das Blut in den Adern gerinnen machte ob seiner Dual und ob seiner Festigkeit, ob des ungeheuerlichen Schmerzes, der sich darin ausdrückte, genau zur gleichen Zeit schrie auch Sigmund auf, der römische König deutscher Nation, der sich nach den Vormittagsstrapagen seines herrscherlichen Amtes in die Arme und Betten der schönen Imperia gestülcht hatte, jener begheftesten und vornehmsten Bühlerin des Konzils, die durch den geitrigen Tod des hochwürdigsten Fürstbischöfs von Xanten so plötzlich verwaist war.

Zwar hatte die schwarze, quedsilbrig bemegliche junge Französin dem so jäh erloschenen niederländischen Kirchenlicht keine Träne nachgeweiht, nein, nicht einmal den Schimmer einer solchen.

Rur eine steile Sorgenfalte hatte sich fentrecht in ihre elfenbeinern glänzende Stirns gestellt und diese in zwei zuckende Biederer geteilt, als sie einen flüchtigen Ueberschlag machte und darüber nachsann, woher sie nun in der Eile, so von einer Stunde auf die andere, die Gelder zur Weiterführung ihres kostspieligen und luxuriösen Haushalts bekommen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Bild des Jammers.

Klagen und Anklagen bei den Arbeitslosen.

Im Zimmer eines Vorstehers der Arbeitslosen-berichterstattung konnte man in diesen Tagen folgende erschütternde Klagen und Anklagen vernehmen:

„Ich bin Witwe, soll ich mich von meinem 80-jährigen Großvater denn mitternähren lassen, der selbst nur eine lärgliche und eben erst gekürzte Rente hat? Oder worum gibt man mir nur noch 3,90 M. die Woche? — „Was??? 1 M. wagt man mir als Schwerkrankenbescheidigten anzubieten, wo ich doch schon diese selbe Rente wöchentlich als Fahrgeld zur Stempelstelle und zum Geldholen brauche. Schämt ihr euch denn gar nicht? — „Mit fünf Kindern bekomme ich noch 12 M., weil meine Frau einige wenige Pfennige als Reinmachfrau bekommt. Das kann doch nicht stimmen? — „Verfluchtes vollgepflegtes Bad! Ne Befehigung will ich, denn bei glodt mir meente Ode nich, daß ich nur noch 6 M. de ganze Woche frige. Na, euch Hunde werd ich es schon besorgen, denn lebe ich zur Wohle! — „Nicht hilfsbedürftig? Wer sagt dei? Ich habe jezahl und verlange mein Geld! — „Bei euch piept's wohl??? Zwee Mark fuzig for mir und die Ode, weil ich ne kleine Rente habe. Wo stinn meine Beiträje? — „Das kann nicht stimmen, ich habe doch 15 Jahre Beiträge gezahlt, wo bleibt mein wohl-ermorbenes Recht? Die Feuerversicherung kann doch auch nicht sagen, wenn es brennt, nun zahlt sie auch nichts mehr. So geht das nicht. Ich lege Einspruch ein.“

So geht es stundenlang, und stundenlang muß man immer und immer wieder sagen: „Na, es stimmt, auf Grund der letzten Rotverordnung können Sie nicht mehr bekommen. Sie haben das Recht des Einspruchs, aber herauskommen wird dabei auch nichts.“ Innerlich lacht es.

Arbeitslose Kollegen, so schreibt uns ein Angestellter der Arbeitslosenversicherung, lacht es euch gefogt sein: Alles Schimpfen und Murren hilft da gar nichts. Wir, wir kleinen Angestellten auf den Arbeitsämtern können euch nicht sagen: Das ist Hitler mit seinen Rotverordnungsfolaten, der euch diese Kürzung beschert hat. Aber auf diesem Wege sollt ihr arbeitslosen Kollegen wissen, daß wir mit euch empfinden und wissen, daß ihr mit den jetzigen Sägen der Arbeitslosenversicherung nicht auskommen könnt. Als Amtspersonen dürfen wir nicht sagen, warum ihr weniger bekommt. Wir dürfen nicht agitieren! Agitiert ihr. Sagt es einer dem anderen: Das ist Hitlers Rotverordnung. Dafür die Uniformen. Dafür der Rundfunk. Dafür Preußen. Und so könnte man stundenlang fortfahren. Agitiert, damit Hitler am 31. Juli die richtige Antwort bekommt!!!

Der Ueberfall auf Kamerad Wölfel.

Heute Prozeß vor dem Schnellschöffengericht.

Vor dem Schnellschöffengericht findet heute morgen die Verhandlung gegen die Nazis Ring und Genossen statt, gegen jene vier braunen „Helden“, die am Dienstag, 12. Juli, in der Chausseestraße den harmlos zu seiner Arbeitsstätte eilenden Reichsbannerführer Wölfel überfallen und niedergeschlagen haben. Sie sind angeklagt wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung. Zwei von diesen hinterhältigen Burschen standen erst vor kurzem wegen einer politischen Sache vor dem Schnellschöffengericht. Trotz Strafverurteilung des Staatsanwalts sind sie damals freigesprochen worden. Einer von diesen beiden, der Nazi Vahn, wird sich übrigens gleichfalls heute vor demselben Schnellschöffengericht wegen einer Schiebererei zu verantworten haben, die er zusammen mit anderen Spießgesellen in einem kommunistischen Lokal veranfalet hat.

Die Schnellschöffengerichte sind neuerdings mit politischen Sachen derart überhäuft, daß parallele Sitzungen anberaumt werden müssen.

Sechs Nazis überfallen einen Mann.

Heidentaten der SA-Banditen in Wilhelmshagen.

Nach echter Wegelagererart „arbeitete“ gestern nachmittags ein Trupp SA-Beute in Wilhelmshagen bei Berlin. Sechs uniformierte SA-Beute lagen an einem Waldpfad im Hinterhalt und lauerten dem 19 Jahre alten Reichsbannermann Helmut B. aus Erfter auf. Als der Reichsbannermann auf seinem Fahrrad ahnungslos daherkam, stürmten die Naziwegelagerer aus ihrem Versteck hervor und fielen über den Reichsbannermann her, rissen ihn vom Rade und schlugen brutal auf ihn ein. Dem am Boden Liegenden entrißen die Banditen die Abzeichen und flüchteten. Der Reichsbannermann nahm trotz seiner Verletzungen die Verfolgung der feigen Banditen auf und es gelang ihm, einen Postbeamten auf die SA-Strolche aufmerksam zu machen, so daß einer der Banditen nach längerer Jagd gestellt werden konnte. Die Mordkumpans des Freigezogenen dürften bald ermittelt werden.

„Freiheit!“ auf der Spree.

Mit vier großen Dampfern der Reederei Langwald u. Schmalte, die bis auf den letzten Platz besetzt waren, unternahm die Berliner Parteigenossinnen eine Propagandafahrt über die Spree, die Oberpre, die Dahme bis nach Ziegenhals. Wenn auch das trübe und zum Teil recht regnerische Wetter Stimmung und Laune nicht wesentlich beeinträchtigen konnte, so wirkte es anfänglich doch verstimmend, daß die Schiffe ohne Fahnenmusik fahren mußten, eine Folge der Ausnahmezustandsbestimmungen, deren rigorose Anwendung von allen Unternehmern als höchst überflüssig gefunden wurde. Aber Ruft war auf den Schiffen und gefungen wurde aus voller Kehle, und so konnten nicht nur Freunde und Sympathisierende auf dem Bunde, sondern alle Nazis und Nazispießer die sozialistischen Kampflieder hören. Wo eine Brücke mit Menschen war, wo man Schiffen begegnete, wo Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Fenstern der Fabriken sahen, da klangen wie helle Fanfaren tausendfach die Rufe Freiheit. Und immer wieder Freiheit! Die ganze Spree von Berlin bis dicht vor Königswusterhausen, am Mittwoch, am Nachmittag, am Abend, halbe wieder von diesem großen deutschen Kampfruf — Freiheit! Das die Mächte der Reaktion mit ihrem Flagenverbot zu erreichen hofften, das wurde genau in das Gegenteil verkehrt: Die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Berlins, die Stimmung war ausgezeichnet. Viele Frauen waren auch in der neuen, äußerst kleidamen und klotten Tracht: blaue Bluse, roter Schlips und Bastenmütze, erschienen und so wurde auch auf diese Weise die Einheit, Arbeit, Einheit und Geschlossenheit wirksam demonstriert.

Wetterausichten für Berlin: Beschleud wolkig und ziemlich kühl, einzelne Regenfälle, westliche Winde. — Für Deutschland: Allgemein leicht veränderlich und ziemlich kühl, einzelne Regenfälle.

Berlin schützt dein Recht.

Auch darum geht es am 31. Juli. — Wohin man sich wenden muß.

Jahismus bedeutet Tod der Selbstvermahlung! Schlagt Hitler am 31. Juli und erhaltet so auch den Gemeinden die Freiheit. Ueber ein Teilgebiet kommunaler Fürsorge, die „Hilfsstellung in der Rechtspflege“, sprach kürzlich der sozialdemokratische Bezirksverordnete Carl Perls. Seine wichtigsten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Das neue Berlin greift weit mehr nach als das Berlin der Vorkriegszeit ein, um seinen Einwohnern in der Rechtspflege und Rechtspflege „Hilfsstellung“ zu leisten. Wer immer Sorgen hat, ob ihm Ansprüche zustehen und wie er zu seinem Rechte kommen kann, der mag sich vertrauensvoll an die Rechtsauskunftsstellen wenden, von denen es 28 über das ganze Stadtgebiet verteilt, gibt. Sie sind zum größeren Teil rein städtische Einrichtungen, während die vom „Gemeinnützigen Verein“ betriebenen von der Stadt bezahlt werden. An 90 Sprechtagen in der Woche wird hier über Arbeitsrecht, Kriegsoberverfugung, Postzeit, Schul- und Steuerfachen, Zionsprüche, Prosekrecht usw. Auskunft erteilt. Im letzten Jahre wurden 146 000 Besuche gezählt, und trotz grundtöglich mündlicher Erledigung wurden 88 000 Schriftstücke angefertigt.

Wer als Mieter Streitigkeiten mit seinem Hauswirt über den Betrag der wirtlichen Miete hat oder wenn der Hauswirt die Taufgenehmigung verweigert, wird sich an eine der 20 Miete-einigungsämter wenden, falls die Jahresmiete nicht mehr als 1800 M. beträgt und gewerbliche Räume nicht in Frage kommen. Angegliedert sind die Kleingarten-Schiedsgerichte, die die Streitigkeiten zwischen Pächtern und Verpächtern schlichten. Wenn ein Mieter auf Räumung verklagt worden ist, so greift nach Prüfung der Sache das Bezirkswohlfahrtsamt ein, um eventuell durch Uebnahme eines Teiles der geschuldeten Miete größeren Schaden abzumenden.

Berlin an Vaterstelle.

Die Soziale Gerichtshilfe der Stadt Berlin greift in die Strafrechtspflege ein, indem jährlich in etwa 10 000 Fällen bei Straftaten Jugendlicher besonders geschulte Kräfte vor

Gericht zu deren Schutz mit auftreten, und auch sonst eine weitgehende fürsorgliche Betreuung Hand in Hand mit den Bezirksjugendämtern durchgeführt wird, wobei es sich insbesondere um Strafaussetzung und Schutzaufsicht handelt. Daß die Stadt sich der vielen Tausend von Waisen aller Jahrgänge bis zur Volljährigkeit in jeder Hinsicht liebevoll annimmt und insbesondere die Waisenämter stellt, ist allen bekannt. Hierbei ist das System der Amtsvormundschaften durchgedrungen, indem besonders ausgebildete beamtete Personen je eine größere Anzahl von Waisen zu betreuen haben und daneben Pflegschaften ausüben. Mehr als 50 000 Vormundschaften und mehr als 12 000 Pflegschaften führt die Stadt zur Zeit, und mehr als 5000 Prozesse mußten im letzten Jahre im Interesse der Mündel neu angestrengt werden. Daneben betreibt Berlin eine richtiggehende Adoptionsvermittlung, indem man Kindern aus dem Waisenhaus nach sorgfältiger Prüfung zu neuen Eltern verhilft.

Wenn es sich um Beleidigungen, leichte Körperverletzungen oder auch um zivilrechtliche Streitigkeiten handelt, muß man bzw. kann man zum Schiedsmann gehen; erst das Schiedsmannstest bildet die Grundlage für Privatstrafklagen. Die 519 Schiedsmänner in Groß-Berlin und ihre Stellvertreter bestellt die Stadt, während das Gericht ihre Ernennung vollzieht. Für die Strafrechtspflege beschafft Berlin dann weiterhin die nötigen Schöffen und Geschworenen, auch für die Jugendgerichte, indem sie durch Vertreter bei der Auswahl dieser Funktionäre aus den Einwohnerlisten mitwirkt. Ein städtischer Funktionär, der sehr stark im Rechtswesen tätig ist, ist der Bezirksvorsitzende. Er führt Rechts-hilfsversuchen von Behörden aus und hat, mit einem Dienststempel versehen, die Befugnis, Unterschriften auf Urkunden zu beglaubigen. Diese seine jagungen notariellen Dienste haben noch den Vorzug der Unentgeltlichkeit. Er stellt insbesondere auch die jetzt notgedrungen viel begehrten Armutsaufträge aus, ohne deren Erteilung das Gericht einer Partei das Armenrecht nicht bewilligen darf. Neben der Sorge für alle möglichen anderen Lebens- und Kulturbedürfnisse der Bevölkerung stellt die Tätigkeit der Stadt für die Rechtspflege und zur Unterstützung ihrer Bürger hierbei eine recht beachtliche Seite des kommunalen Aufgabentereiches dar. Auch das gilt es am 31. Juli zu erhalten!

Der Schlichter als Todesopfer.

Menschenleben gilt nicht viel.

Aus weich nichtigen Anlässen in dieser mit politischen Spannungen überhitzten Zeit Menschen schuldlos ums Leben kommen, dafür lieferte eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte den schlagenden Beweis.

Drei junge Menschen, von denen einer früher der Kommunistischen Partei angehörte, hatten sich wegen Landfriedensbruches zu verantworten. Es war am 4. Juli. Ein Zug der Demonstranten der Eisernen Front näherte sich dem Kottbuser Tor. Die Zuschauer-menge, in der Hauptfache wohl Kommunisten, richtete ihre Aufmerksamkeit einem Nazi in gelber Uniform zu. Als er kloß, verfolgte ihn die Menge. Der zufällig anwesende Kriminalassistent Pespki stellte sich schützend zwischen den Nazi und seine Verfolger. Er legitimierte sich als Kriminalbeamter, der Nazi konnte in das SA-Lokal Sealtzer Straße flüchten. Die hinzuströmende Menge nahm eine drohende Haltung gegen den Kriminalbeamten ein; es wurden Rufe laut: Das ist auch solch einer. Besonders ein junger Mensch, es war der heutige Angeklagte Reuter, nahm wiederholt gegen den Kriminalassistenten Vorgestellung ein. Die Lage des Beamten wurde immer bedrohlicher. Er zog die Pistole. Ein etwa fünfjähriger Junge veruchte zu schlichten, jagte zum Beamten: Stecken Sie doch die Pistole ein. Die Menge bedrängte aber weiter den Beamten. Er sah sich gezwungen, einen Schutz abzugeben, unglücklicherweise traf die Kugel den fünfjährigen Mann, der hatte schreien wollen. Der Mann starb später an der Verletzung. Der Beamte hatte sich durch den Schutz ein wenig Raum geschaffen, er flüchtete, die Menge hinter ihm her. Der Angeklagte Reuter verfolgte ihn in einer Lage, die Menge holte den Beamten vor dem Lokal Eltjesänger ein, schlug ihn zu Boden, bearbeitete ihn mit Füßen, Reuter erzwang ihm die Pistole und ließ mit ihr davon. Er wurde am Kottbuser Ufer verhaftet. Der Kriminalassistent wurde ins Krankenhaus gebracht.

In der Verhandlung war ein Nachweis, daß die beiden anderen Angeklagten an dem Landfriedensbruch beteiligt waren, nicht zu führen, Reuter erhielt wegen Landfriedensbruches acht Monate Gefängnis.

Am kommenden Mittwoch, dem 27. Juli, findet vor dem Schnellschöffengericht die Verhandlung gegen die Nazibestien statt, die auf der Chausseestraße über den Reichsbannerführer Max Wölfel hergefallen sind, als er sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befand. Angeklagt sind vier Nazis wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen.

Salzsäure, das neue Nazi-Kampfmittel.

Einen nichtswürdigen Bubenstreich leisteten sich die Nazis in der Nacht zum Dienstag im Rorbosten Berlins in der Dichtenberger Straße. Vom Dach des Hauses herunter gossen sie Salzsäure auf die im dritten und vierten Stock aushängenden drei Freiheitsfahnen, die durch die Flüssigkeit stark beschädigt wurden und nun in Fetzen herunterhängen. Auch der Blumenschmuck der darunter liegenden Balkons ist von diesen Kulturverwüsterern durch die Flüssigkeit so gut wie vernichtet worden. Schnell gefaht haben unsere Genossen und Kameraden neben den zerlegten Fahnen, die man hängen sieht als Instrument der Schande, ein Transparent mit der Aufschrift angebracht: Salzsäure, das neue Kampfmittel der Nazis. Außerdem sind natürlich neue Fahnen angebracht worden. Der Vorfall hat großes Aufsehen erregt, daß von allen Seiten Pressephotographen herbedeilten, um diese neueste im Namen Hitlers verübte Schandtat im Bild festzuhalten.

Wieder überfällte Versammlungen.

Wo auch die Eiserne Front Berlins in der weiten Viermilionenstadt Versammlungen abhalten mag, zeigt sich das gleiche Bild: ein gewaltiger Andrang der Massen und eine begeisterte Kampfstimmung. Die Versammlung beispielsweise, die gestern an der Ede Hohenzollern- und Eisenacher Straße abgehalten wurde, mußte polizeilich gespreizt werden, und allzuviel mußten unverrichteter Dinge wieder heimkehren. Das temperamentvolle Refert des Genossen Dr. Wischler wurde immer wieder von Beifallstürmen unterbrochen. Die Eiserne Front ist in siegreichem Vormarsch! Dafür legte auch diese Versammlung ein schönes und erhebenendes Zeugnis ab.

Die polizeiliche Befehung der Ckhdrukerel im Karl-Liebknecht-Haus wurde gestern um 14 Uhr aufgehoben.

Aus dem Juli-Programm



Severing spricht in Ihrem Heim...

am 30. Juli, 7 Uhr, über die bevorstehende Reichstagswahl. Sichern Sie sich mit einem guten „Gracy Induktor-Kraftsystem-Lautsprecher“ eine absolut klare Rundfunk-Wiedergabe, die durch jede unverbindliche Vorführung im Nachgeschäft bewiesen wird!

EHRICH & GRAETZ A.G.

Berlin 20 36



Gracy Induktor-Kraftsystem-Lautsprecher Nr. 3001 RM 58,50, Nr. 99 RM 42,30 Nr. 98 Einbaufertiges Chassis RM 19,80

Berliner

Am 31. Juli gilt es auch das Werk der Sozialdemokratie im

neuen Berlin

zu schützen. Sozialdemokratischer Aufbauwille hat Volksparks, Grünanlagen, Sportplätze, Badeanstalten, Kallenbäder, moderne Schulen, moderne Krankenhäuser u. zeitparende Verkehrsmittel geschaffen. Sozialdemokraten brachten

Licht, Luft u. Sonne

auch den Aermsten näher. Soll das alles umsonst gewesen sein? Nein und abermals nein! Das Werk der Arbeit bleibt erhalten, wenn jeder seine Pflicht tut. Jeden Tag, jede Stunde gilt es zu nutzen zur Werbung für den

Sieg der Liste 1

Die Stunde ist ernst! Jeder tue seine Pflicht!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind in das Sekretariat des Parteiführers...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 1. Kreis. Heute, 18 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung in der Alten Torenstr. ... 20. Kreis. Donnerstag, 28. Juli, 15 Uhr, Zusammenkunft...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat...

Wichtig, RR-Beitrag: Die 'Funktionärs-Information' Nr. 3 kann heute ab 13 Uhr vom Sekretariat abgeholt werden...

Abpell der Eisernen Front am Freitag, 29. Juli, 19 Uhr, im Stadion Neukölln...

Heute, Mittwoch, 20 Uhr: Gesundheitswesen: 8:30 Uhr, Bunte Monatsende...

Vorträge, Vereine und Versammlungen: Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'... Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin...

Tagenhofer Brauerei, Chauffeestraße und in der Schloßbrauerei Schöneberg...

Sport

Rennen zu Hoppegarten.

Preis von Feldmühle: 1. Pommerländer (Harry Schmidt); 2. Rogau; 3. Lügow...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 13. Wkt. Unser Genosse Hermann Kuhles, Wilhelmshavener Str. 14, ist im 63. Lebensjahre verstorben...

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckendorfer Str. 37-38...

Billiger und besser!

Fahrräder ab 62.00 RM. Nähmaschinen ab 141.00 RM. Original-Ultraphon-Kofferapparate 26.50 RM.

Theater, Lichtspiele usw. PLAZA Gr. Preisabbau. Tanz-Konzert Nachmitt. u. abends.

Winter Garten. 11 Uhr 15. Flora 3434. Saalbau etc. Wieder 12 neue Attraktionen.

Ostseebad Misdroy. Villa Wald und See. 1 Min. von Strand u. Hochwald.

Ihren Urlaub in den Heimen der ADEFE. im schönen Thüringer Walde im herrlichen Erzgebirge...

KLEINE ANZEIGEN. Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederverholungsabgabe...

Lebensfreude durch die Kunst vermittelt die Volksbühne E.V. Jedes Mitglied erhält jährlich 10 bis 11 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz...

THEATER AM BÜLOWPLATZ. Aus dem Spielplan: STAATSOPER Wagner: Der fliegende Holländer...

Sommergäste finden freundliche Aufnahme und kräftige Verpflegung... Sommerfrische im Westhaz, Gebirgsp. (Bahnst.)...

Wir haben die traurige Pflicht zu erfüllen, anzukündigen, daß unser treues und arbeitsames Arbeiter-Vorstandsmitglied Herr Maurermeister Wilhelm Becker am 21. Juli nach langem, schwerem Leiden verschieden ist...

Verkäufe: Rohwolle jeder Art u. Größe. Kleinauswahl. Teilzahlung, transportable Rohwolle...

Nordseebad TÖNNING die herrliche Sommerfrische, die sich jeder leisten kann. Sommerfrische im Westhaz...

Verkaufe: Rohwolle jeder Art u. Größe. Kleinauswahl. Teilzahlung, transportable Rohwolle...

Auf dem Weg zur Entscheidung!

Die Zeit ist mit uns! — Wir sind die aufsteigende Klasse! — Wir werfen Hitler zurück!

Die Eisene Front ist vom Stellungskrieg in den Bewegungskrieg übergegangen. Die Nationalsozialisten machen verzweifelte Anstrengungen, aus der Defensive wieder in die Offensive zu kommen. Der Angriff des Reichs gegen Preußen ist politisch als Entlastungs-offensive zugunsten Hitlers zu werten. Vier Tage trennen uns noch von der Entscheidung. Die Eisene Front sucht diese Entscheidung mit unverminderter Macht. Auf diesem Wege rechtfertigt sich ein kritischer Blick auf die Kräfte und Machtquellen der gegenwärtigen Front, wie er von Karl Marx geschulten Kämpfern gilt. Wenn die ökonomischen Verhältnisse und Notwendigkeiten mit uns sind und nicht mit Hitler, werden wir die Nationalsozialisten am 31. Juli schlagen, um sie in der weiteren Zukunft endgültig zu vernichten. Wie kam es zu dem preußischen Zwischen-spiel?

Man tut der jetzigen Reichsregierung nicht unrecht, wenn man die Motive ihres Handelns gegenüber Preußen in den Umständen sucht, die sie zur Macht brachten.

Grandseigneure des Ostens und des Westens, die das Ohr des Staatshauptes hatten, wollten ihren wirtschaftlichen Bankrott nicht wahr haben.

Als die Brüning-Regierung, um den Gesamtbankrott Deutschlands zu verhindern, offiziell diesen Staatsbankrott feststellen wollte. Deshalb griffen sie, nachdem das Parlament gelähmt und das ihnen geneigte Staatsoberhaupt der entscheidende politische Machtfaktor war, zur Macht. Da jede parlamentarisch-legale Vertrauensgrundlage fehlte und auch nicht zu schaffen war, stützten sich die neuen Machthaber im Einverständnis mit dieser auf die Nationalsozialistische Partei und wurden politisch deren Gefangene. Als die Notverordnungen mit den einseitigen Opfern der beherrschten und den einseitigen Privilegien der herrschenden Schicht und als der Lausanner Vertrag mit dem eindeutigen Bankrott der politischen Verhandlungsgesetze die Wahlausichten der Nationalsozialisten verschlechterte — denn das Volk ließ sich über die eigentliche Verantwortung der Nationalsozialisten nicht täuschen —, da präsentierten Hitler, Straßer und Brüning ihre Wechsel: die Folge waren die Ereignisse in Preußen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben das Vorgehen gegenüber Preußen als gewalttätig und verfassungswidrig gebrandmarkt; die Eisene Front führt den Kampf mit aller Kraft zunächst als Wahlkampf weiter. Diese Beschlüsse sind in dem Bewußtsein gefaßt, daß die Entscheidung der Volksmehrheit gegen die jetzige Reichsregierung und gegen die Nationalsozialistische Partei fallen wird. Diese Auffassung ist nach der historischen und ökonomischen Situation in Deutschland gerechtfertigt.

Wer steht denn hinter der Regierung Papen und welche ökonomischen Machtquellen hat sie?

Wir leben in einem hochindustrialisierten Lande in hochkapitalistischen Verhältnissen. Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung werden von der Sozialversicherung erfasst, leben also in proletarischen Verhältnissen, gehören der Arbeiterklasse an. Zur Bauernschaft und zum gemischten Mittelstand gehören, nachdem die Rentnerschicht größtenteils verschwunden ist, fast ausschließlich Existenzen, die als proletarisch anzusprechen sind. Ueber 90 Prozent des Volkes müssen der nichtbeherrschenden Klasse zugerechnet werden. Nach der Klassenlage müßten alle diese Schichten Gegner der Papen-Regierung und auch — nach deren Entlassung — der Nationalsozialisten sein.

Hinter der Papen-Regierung stehen — abgesehen von den Nationalsozialisten — nicht einmal die restlichen zehn Prozent. Nicht alle von diesen zehn Prozent sind nämlich Bankrottneure oder hohe Pensionäre des alten Systems oder janatische Privatleute ehemals privilegierter Kreise. Nicht alle von diesen zehn Prozent sind der Meinung, daß in einem hochkapitalistischen und hochindustrialisierten Lande der Hunger und die Ausbeutung der Arbeitskraft keine Grenze hat und daß eine hochkapitalistische Wirtschaft ohne politisch freie Arbeiter, Angestellte und Beamte möglich ist. Es ist in der Tat nur eine „hauchdünne ökonomische Schicht“, die hinter der Regierung Papen steht, und diese Schicht besteht fast nur aus wirtschaftlichen und politischen Bankrottneuren und ihrem zahlenmäßig kleinen Anhang.

Natürlich ist diese dünne Schicht durch ihre Verbindungen, durch die von ihnen repräsentierte Traditionsmacht und durch ihren nominell noch bestehenden Reichtum mächtiger als ihrer Zahl entspricht: sie finanziert ja auch die nationalsozialistische Bewegung. Aber wir leben am Ende der schwersten Wirtschaftskrise, die die kapitalistische Welt je gesehen hat, und der Verlauf dieser Krise hat die Verantwortlichkeit dieser Kreise für das heutige Elend den allerweitesten Volkskreisen klar werden lassen.

Die ökonomischen und psychologischen Machtquellen dieser Schicht müssen aber in demselben Maße versickern, in dem sie zu ihrer Erhaltung das soziale Unrecht verteidigt und die politische Gewalt mißbraucht.

Kun ist aber gewiß die Nationalsozialistische Partei, auf die die Papen-Regierung sich stützt, noch eine gewaltige Macht. Sie wird am 31. Juli die stärkste Partei wohl auch im Reiche sein, nachdem sie es in Preußen schon am 24. April geworden ist. Die Spekulation mancher Wirtschafts- und Feudalkreise, die hinter der Papen-Regierung stehen und durch Hitler den Faschismus und damit wenigstens die zeitliche Aufschiebung des Sieges der Arbeiterklasse und einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wollen, geht natürlich auf einen Sieg der Nationalsozialisten.

Aber es steht schon heute fest, daß Hitler am 31. Juli nicht entfernt in dem Maße siegen wird, wie er es hoffte, so daß man von einer Niederlage wird sprechen können. Wird aber der Vormarsch Hitlers gestoppt, verbessern sich gleichzeitig die Voraussetzungen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise — und sie haben sich jetzt schon gebessert — dann beginnt auch der Abstieg der Nationalsozialistischen Partei als Volksbewegung.

Hitler ist der Einbruch in die sogenannte „marxistische Front“, die heute die Eisene Front unserer Partei, der Gewerkschaften und der übrigen proletarischen Verbände ist, nicht gelungen.

Hitlers Bewegung ist nicht der Repräsentant einer aufsteigenden Klasse wie der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft, sondern einer absteigenden Klasse.

Er wird finanziert von Bankrottneuren des politischen und wirtschaftlichen alten Systems, das schon mit dem Hochkapitalismus als Wirtschaftsform in Widerspruch stand. Das Beispiel Italiens braucht nicht zu sprechen. Italien ist überwiegend agrarisch, war größtenteils analphabetisch, als Mussolini siegte, hat im übrigen den italienischen Kapitalisten viele Enttäuschungen gebracht und sieht sich gerade jetzt zu Zugeständnissen an die Arbeiterschaft gezwungen.

Deutschlands Wirtschaft kann nur mit den gemäßigtesten Opfern an Rente verlangendem Kapital und auf die Dauer nur mit der sorgsamsten Pflege seiner Arbeitskräfte wieder hochkommen. Dazu gehört außerdem noch bessere (nicht teuere) Sozialpolitik als bisher. Deutschland muß ein Wohlfahrtsstaat im guten Sinne eher noch mehr werden als es schon war. Bei 90 Prozent allein von der Arbeit abhängiger Menschen siegen auf Dauer diese 90, nicht aber die restlichen 10 Prozent. Ein Sieg Hitlers aber ist unmöglich, nachdem er diesen 90 Prozent nicht mehr Brot bieten kann als andere, und Freiheit nicht bieten darf, weil sie ihn wegsetzen würde.

Davon abgesehen, muß jede auf den Sieg hoffende Bewegung Ideen und Pläne haben, die den ideellen und materiellen Bedürfnissen einer Zeit und besonders der aufsteigenden Klasse Rechnung tragen.

Aber wie Hitler der Führer einer absteigenden Klasse ist, so hat auch seine Bewegung nur eine Vergangenheit — und das eine schlechte — und keine Zukunft.

Sein Klassenideal paßt für Inzucht treibende Negerstämme, nicht ins 20. Jahrhundert. Seine Brechung der Zinstreuschicht, die Autarkie, die Arbeitsdienstpflicht sind Hintertreppennetze der Vernunft. Sein Ständestaat hat Sinn, wo man auf politisch freie Arbeiter, Angestellte und Beamte verzichten kann, d. h. nicht einmal im frühkapitalistischen, geschweige im nachkapitalistischen System!

Der ganze „geistige“ Hitler-Spuk ist nur möglich gewesen, weil die defakulierte Rentner-, die plötzlich sehr dachende Mittelstands- und die aus der Altoäterweise plötzlich herausgerissene

Bauernschaft großenteils jede geistige Orientierung verloren haben und die ihnen gemäße klassenmäßige Orientierung noch nicht haben finden können.

Hitlers ganze Macht ist auf den Flugstand der Orientierungslosigkeit dieser Schichten aufgebaut, die auf den Ausbau des Sozialstaates angewiesen sind und mit dessen Abbau nur die vergebliche Hoffnung noch verknüpfen, die alten bequemerem und auskömmlicheren Wirtschaftsverhältnisse könnten sofort wiederkommen. Das bedeutet für sie das Dritte Reich.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie diese Zusammenhänge gerade in den letzten Jahren mit allergrößter Sorgfalt beobachtet und ihre Gesamtpolitik darauf eingestellt haben. Krisen wie die jetzige müßen für die Arbeiterschaft ungeheure Opfer bringen, auch in der Abwehr einer so historisch und ökonomisch fast unvermeidlichen Bewegung, wie sie die Hitler-Bewegung darstellt. Gerade die schwersten Entscheidungen der letzten Tage aber konnten und müßen von der Erkenntnis aus erfolgen, daß die Hitler-Bewegung historisch und ökonomisch keine Zukunft haben, eine dauernde Macht nicht aufrichten und damit auch eine Verewigung einer Feudalregierung mit ihren faschistischen Konsequenzen nicht gewährleisten kann, und daß allein die Politik der organisierten Arbeiterschaft den sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten der heutigen Situation in Deutschland entspricht. Es ist wahrlich nur die Eisene Front, die den Notwendigkeiten unserer Tage entspricht, und ihrer historischen Sendung entspricht es auch, daß sie mehr Heroen haben muß als Hitler und Papen, die sich vergeblich bemühen, die Schatten der Vergangenheit wieder heraufzuführen.

Unsere einzige Aufgabe ist es, am 31. Juli Papens reaktionärer Regierung ein Weiterregieren wie bisher unmöglich zu machen und Hitler hinter die Stellung vom 24. April zurückzumerzen. Das aber können wir:

Denn wir sind so stark, wie wir uns fühlen, weil die Zeit mit uns ist!

Englisch-Irischer Wirtschaftskrieg.

Englische Kampfzölle. — Irische Kampfzölle. — Deutsche Kohlenlieferungen.

Der Wirtschaftskrieg zwischen England und Irland ist jetzt in vollem Gange. Die englische Regierung erhebt seit dem 15. Juli auf die Einfuhr irischer Waren einen Zollsatz von 20 Proz. Und seit dem 26. Juli sind die irischen Bergeltungszölle gegen England in Kraft, die vor allem die Einfuhr englischer Fertigwaren erschweren.

Daß die Wirtschaft beider Länder durch diesen Zollkrieg schwer beeinträchtigt wird, darüber sind sich die leitenden Männer in London und Dublin nicht im unklaren. Und doch hat dieser Wirtschaftskrieg seinen Grund lediglich in einer Zinsfrage. Irland hat vertragsgemäß an England einen Zins für das irische Land zu zahlen, der nicht so sehr wegen seiner Höhe, sondern aus politischen Gründen von Irland bekämpft wird. Obwohl sich die irischen Nationalisten mit dem Bestehen dieser Verpflichtung abgefunden haben, obwohl die irischen Bauern die fälligen Summen in einen Sonderfonds der irischen Regierung einzahlen und obwohl sich England und Irland der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterwerfen wollen, ist es doch zu diesem Zollkrieg gekommen. Streitpunkt ist jetzt lediglich die Personenfrage der Schiedsrichter, die nach Englands Wunsch Bürger des britischen Kolonialreichs sein sollen, während Irland eine völlig freie Wahl wünscht.

Ueber die Notwendigkeit, diesen Wirtschaftskrieg so bald wie möglich zu beenden, scheint man sich auf beiden Seiten klar zu sein. Auch sind die irischen Bergeltungszölle nicht so rigoros gestaltet worden, wie man zunächst angenommen hatte.

Die Aussicht, daß Deutschland etwa von diesem Zollkrieg in nennenswertem Maße profitieren könnte, ist sehr gering. Der Abschluß über die Lieferung von 10000 Tonnen Ruhrkohlen an Irland will nicht viel besagen. Eine Verärgerung Englands durch verstärkte deutsche Lieferungen nach Irland könnte später für die deutsche Wirtschaft von dauerndem Nachteil sein, der weit über den augenblicklichen Vorteil hinausgeht. Das gilt um so mehr, als Frankreich verkündet hat, sich in keiner Weise in den Wirtschaftskrieg zwischen England und Irland einzumischen.

Normale Reichsbankwoche.

Leichte Vermehrung der Gold- und Devisenbestände.

Der Reichsbankausweis vom 23. Juli zeigt eine Abnahme der Handelswechsel um 60,2 auf 2922,1 und der Lombardkassen um 43,7 auf 102,0 Millionen Mark. Auf Girokonto vermehrten sich die fremden Gelder um 20,2 auf 358,8 Millionen Mark. Der Rotenumlauf ging weiter um 74,4 auf 3721,9 Millionen Mark zurück. Die Gold- und Devisenbilanz war ausgeglichen. Auf beiden Konten zeigte sich sogar eine leichte Vermehrung um 0,25 Millionen Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen verbesserte sich gegenüber der Vorwoche von 23,5 auf 24,0 Prozent.

Schuldnerabbau bei den Banken.

Die Entwicklung bei den Kreditbanken zeigt zum Juniende gegenüber Ende Mai im ganzen eine leichte Verringerung der gesamten, den Banken geliehenen fremden Gelder und als wichtigstes einen nicht unbeträchtlichen Abbau der laufend gewährten Kredite.

Bei den Berliner Großbanken haben sich die Kreditoren um 21 auf 7541, bei sämtlichen Kreditbanken um 65 auf 9250 Millionen verringert. Die andauernde Flüssigkeit der Banken zeigt sich in einem weiteren Abbau in der Benutzung des eigenen Akzepts um 35 Millionen auf 816 Millionen bei den Großbanken und um 40 Millionen auf 910 Millionen Mark bei sämtlichen Banken.

Auf der Aktivseite ist trotz des Rückgangs der fremden Gelder

noch eine leichte Vermehrung der flüssig gehaltenen Mittel und Guthaben festzustellen. Auch die Wechselbestände haben sich bei den Großbanken noch leicht um 8 auf 1660 Millionen vermehrt, während bei sämtlichen Banken ein Rückgang um 19 auf 2240 Millionen festzustellen ist. Dem fortschreitenden Außenhandelschwund entspricht ein weiterer verstärkter Rückgang der Vorkasse auf lagernde und schwimmende Waren: um 26 auf 1105 Millionen bei den Großbanken und um 29 auf 1197 Millionen bei sämtlichen Banken. Ein relativ starker Abbaufest bei den Debitoren erkennbar. Sie gingen bei den Großbanken um 225 auf 4737 und bei sämtlichen Banken um 252 auf 5545 Millionen Mark zurück. Die in der letzten Zeit durchgeführten Industrie-sanierungen dürften hier zum Teil schon ihren Ausdruck finden. Entsprechend den geringen Börsenumsätzen zeigen die Börsendarlehen mit 56 Millionen bei den Groß- und mit 65 Millionen Mark bei sämtlichen Banken einen Rekordtiefstand.

Zinszuschüsse für Hausreparaturen.

Der Reichsarbeitsminister hat nähere Bestimmungen über die von der Rotenordnung vom 14. Juni dieses Jahres vorgesehene Zinszuschüsse des Reiches für Hausreparaturen und die Teilung von Altmöbelen bekanntgegeben.

Erstmals stehen 5 Millionen Mark zur Verfügung. Die Zuschüsse werden Hausbesitzern gewährt, die für größere Instandsetzungsarbeiten oder für die Teilung von Wohnungen in Darlehen von mindestens 1000 Mark aufnehmen. Der Zuschuß wird einmalig gewährt und nach Fertigstellung der Arbeiten in einer Summe ausbezahlt. Es soll eine Zinsverbilligung von 4 Proz. jährlich erreicht werden; da eine Laufdauer der Kredite von 2½ Jahren angenommen ist, beträgt der Zinszuschuß 10 Proz. des Darlehens.

Gegen Verhehung von Stadt und Land.

Das Absatzproblem der deutschen Landwirtschaft ist in hohem Maße ein Arbeitslosenproblem. Durch die Verarmung der Masse ist nach einer Feststellung des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Braun der Absatz der wichtigsten einheimischen landwirtschaftlichen Produkte um 5 bis 15 Proz. zurückgegangen. Unmittelbare Verbindung zwischen Konsum- und Erzeugergemeinschaften macht das Interesse von Stadt und Land am besten. Die deutschen „sozialistischen“ Konsumgenossenschaften haben im Jahre 1926 für 28,3 Millionen Mark inländische Landwirtschaftsprodukte direkt bezogen, 1930 für 47,4 Millionen, 1931 für rund 125 Millionen Mark. Die parteipolitische Hege im Lager der Landwirte gegen die Konsumvereine ist unbegründet. Gegenüber der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften sich nicht zur regelmäßigen Einhaltung großer Lieferungen und bestimmter Qualitäten verpflichten können!

Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Georg Schmidt zeigte in einem Vortrag „Sind Stadt und Land aufeinander angewiesen?“ im Programm der Berliner Jungfrunde die Zusammenhänge auf. Gerade die Sozialdemokratische Partei habe diese Zusammenhänge seit langem erkannt und ihrer Politik zugrunde gelegt.

Protest gegen die Kündigung des Schwedenertrags erhebt der sonst scharf rechts stehende Verband sächsischer Industrieller. Die mit Schweden vereinbarten Zollermäßigungen für Papiererzeugnisse und Werkwaren, Hüte, Musikinstrumente, chemische Erzeugnisse, Photoapparate usw. seien für die sächsische Industrie, die die größte Arbeitslosigkeit habe, von entscheidender Bedeutung.

